

Bezugspreis:

Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänish, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 400.- M., für das übrige Ausland 600.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Stimmwelt“ und der Beilage „Erlaubnis und Reingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Nonparavergeltet Seite 50.- M., Reklamezeile 400.- M., „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 20.- M. (auflösig zwei getrennte Worte), jedes weitere Wort 16.- M. Stichengabe und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10.- M., jedes weitere Wort 8.- M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 25.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2500-2507

Freitag, den 3. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkstelefon: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikts-Gesellschaft, Treppentasse Lindenstraße 3

Deutschland soll Vorschläge machen.

Wünsche der Reparationskommission.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission haben am Donnerstag einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Vertreter der alliierten Staaten sind jetzt über Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage bis in die kleinsten Details unterrichtet.

- 1. Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark,
2. die Behebung der schwebenden Schuld und
3. den Ausgleich unseres Budgets.

Dieser Vorschlag soll von den deutschen Unterhändlern in der Freitagssitzung vorgelegt werden und die Grundlage zur Fortsetzung der Aussprache bilden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die endgültige Fixierung des verlangten Vorschlags in einer am Freitag vormittag abzuhaltenden Kabinettsitzung vorzunehmen. Bereits vor Ankunft der Reparationskommission in Berlin hatten bekanntlich die Reparationsressorts mehrere Entwürfe für eventuelle deutsche Vorschläge über die Stabilisierung der Mark ausgearbeitet.

Nach dem Stand der deutschen Vermittlung kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unsere Vorschläge neben einer ausführlichen Begründung unseres Standes als ersten Punkt den Beweis für die Notwendigkeit einer äußeren Anleihe führen. Ohne äußere Anleihe — darüber ist sich die Reparationskommission während ihres Aufenthalts in Berlin sicherlich schon klar geworden — sind alle inneren Maßnahmen gegen die Währungsnotlage und zur Behebung unserer Not auf die Dauer vergebens.

Darüber hinaus müssen ebenso Maßnahmen im Innern des Reiches vorgeschlagen werden. Bisher war die Sozialdemokratie die einzige deutsche Partei, die neben der ständigen Forderung nach einer äußeren Anleihe, die sie zur endgültigen Sanierung der deutschen Finanzen für unbedingt notwendig hält, positive Vorschläge zu Maßnahmen im Innern vorgeschlagen hat.

Wilhelms Brautgeschenk.

Eine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Unsere Mitteilungen über das von Wilhelm seiner zweiten Ehefrau als Brautgeschenk zugegebene kostbare Diadem im Werte von mehreren hundert Millionen Mark sind von der gesamten deutschmonarchistischen Presse totgeschwiegen worden. Ein schlagender Beweis ihrer Richtigkeit ist gar nicht denkbar: denn mit welchem Eifer hätten „Kreuzzeitung“, „Reichsbote“, „Lokal-Anzeiger“ und tutti quanti gegen unsere Behauptungen Stellung genommen, wenn sie nicht ganz den Tatsachen entsprochen hätten.

Die uns mitgeteilte Summe ist von Sachverständigen geschätzt worden, die das Schmuckstück in Händen hatten. In diesem Falle kommt es auf 100 Millionen mehr oder weniger nicht so sehr an, wie auf die Tatsache, daß ein Wertobjekt von Lebensfalls mehreren hundert Millionen ins Ausland ausgeführt werden soll. Damit dies nicht hinter dem Rücken der Behörden geschehe, haben die Genossen Otto Wels und Dr. Wolf Braun folgende Anfrage im Reichstage eingebracht:

macht haben, hält die Sozialdemokratie nach wie vor aufrecht. Mehr noch! Sie erwartet von der Reichsregierung, daß ihre Forderungen in den Vorschlägen an die Reparationskommission die notwendige Verwertung finden.

Havensteins Erfolg.

Die Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein, der über das Schicksal der Mark nur Ungünstiges zu prophezeien wußte, aber jede wirksame Stützungsaktion von vornherein ablehnte, hat einen durchschlagenden Erfolg gehabt. Der Dollar, der in den letzten Tagen zwischen 4000 und 4500 hin- und herpendelte, ist nach der amtlichen Notierung der Berliner Börse gestern auf 4935 hinaufgeschneit, kletterte dann aber im freien Verkehr weiter und stieg bis auf weit über 5000 hinauf! Den unmittelbaren Anlaß zu dieser neuen Devisenhäufung haben schlechtere Notierungen der Mark im Ausland, die aber, wie die „Voss. Ztg.“ wohl zurecht bemerkt, auf Marktverkäufe des Inlands zurückzuführen sind.

So weit sind wir nun gelangt, dank der samosen Autonomie, die die Entente der Reichsbank geschenkt hat.

Die Not des Volkes wächst mit jedem Tage, interessierte und unparteiliche Sachverständige beraten. Jetzt hat die Deutsche Regierung das Wort. Sie soll der Entente Vorschläge zur Stabilisierung der Mark machen. Wir erwarten, daß sie sich dessen bewußt ist, daß es so auf keinen Fall weiter geht. Der Wunsch der weitgeschmähten Reparationskommission, die Mark zu stabilisieren, ist zugleich der Wunsch des gesamten deutschen Volkes, mit Ausnahme der wenigen Nutznießer der Geldentwertung. Und je zielbewußter die Regierung sich dieser Aufgabe unterzieht, um so eher wird sie auch der Entente klarmachen können, daß eine dauernde Stabilisierung unserer Währung nur durch Erleichterung von außen her, also durch Verzicht auf überspannte Reparationsleistungen und auf eine verfehlte Maßnahme der Finanzkontrolle und durch eine internationale Anleihe zu erreichen ist.

Wie die „Egypet-Correspondenz“ meldet, dürften die Vorschläge der Reichsregierung voraussichtlich dahin gehen, daß die Gewährung eines fünfjährigen Moratoriums als Atempause unbedingt notwendig sei und daß bei Gewährung dieses Zahlungsaussetzes auch die Aussichten für Gewährung einer Auslandsanleihe günstig sein würden. Wie die „Eca“ von diplomatischer Seite hierzu erzählt, soll sich ein amerikanisches Finanzkonjunktionsbureau bereit erklärt haben, bei Gewährung eines Moratoriums außer einer größeren Summe zur Stabilisierung der Reichsmark auch eine Anleihe zu gewähren. Es wird hierbei der Amerikaner Jenks genannt, der bereits einen Plan ausgearbeitet haben soll, der vorsieht, daß England und Amerika eine Milliarde Goldmark bereit stellen sollen. In dieser Frage habe Jenks bereits Fühlung mit englischen und deutschen Regierungskreisen genommen.

Nach bisher unwidersprochenen Nachrichten hat der ehemalige Kaiser ein Diadem von ungeheurer Werte (mehrere hundert Millionen Mark) in Berlin anfertigen lassen, das als Brautgeschenk für seine künftige Ehefrau aus Deutschland nach Holland übergeführt werden soll.

- Wir fragen an:
1. Hat die zuständige Regierungsstelle die Genehmigung zur Ausfuhr dieses Wertobjektes erteilt und ist in diesem Falle die Hinterlegung einer entsprechenden Kaution veranlaßt worden?
2. Wenn um die Ausfuhr genehmigung nicht ersucht wurde, kann die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen?
3. Welche strafrechtlichen Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, wenn dieses große Wertobjekt ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reiches gebracht würde?

Diese Anfrage ist um so nötiger, als die bisherige steuerliche Behandlung der milliardenschweren Hohenzollernfamilie von einer geradezu skandalösen Verzerrung gewesen ist und wir Grund zur Befürchtung haben, daß die Kurieren nach Doorn dank dem Entgegenkommen reaktionärer untergeordneter Stellen Grenzverletzungen erleiden, die jede Kapitalverchiebung ermöglichen. Die Grusser-Affäre, wegen der Eitel-Friedrich bereits rechtmäßig als Kapitalverschieber verurteilt worden ist, mahnt zu besonderer Vorsicht, und der „Zufall“ will, daß gegen einen der Juweliere, die mit der Anfertigung des Diadems betraut worden sind, schon einmal ein Verfahren wegen Juwelenverschlebung nach dem Ausland eingeleitet war!

Die bulgarische Sozialdemokratie

Von Otto Wels.

Im 31. Jahres ihres Bestehens hielt die bulgarische Sozialdemokratie vom 22. bis 25. Oktober dieses Jahres ihren 25. Parteitag in Sofia ab. Sie gestaltete die Tagung zu einer Jubiläumssfeier für die Partei, und trotz der schweren Zeit, der unerhört harten Kämpfe, die die Partei gegen ihre Gegner von rechts und links zu führen hat, lag echte Jubiläumstimmung über der ganzen Veranstaltung. Der dringlichen Einladung an die Exekutive der 2. Internationalen vermachte allerdings keines der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, den die englische Arbeiterpartei stellt, zu folgen, weil sie sämtlich bereits durch die Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen in Anspruch genommen waren. Sie richteten deshalb an mich die Bitte, die 2. Internationale auf dem bulgarischen Jubiläumskongreß zu vertreten und damit zugleich der Einladung an die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu entsprechen. Unser Parteivorstand beschloß dementsprechend, nicht zum wenigsten, weil die Frage der Zugehörigkeit zu einer der verschiedenen Internationalen in der bulgarischen Partei bisher hart umstritten war und jetzt endgültig entschieden werden sollte, nachdem die Partei zwei Jahre lang keiner Internationalen angehört hat. Eine Reise nach dem Balkan ist heute, wenn man sich nicht den Luxus der Benutzung des Orient-Expresszuges leisten kann, der in transalpinischer Währung bezahlt werden muß, kein Vergnügen. Drei Nächte und fast ebenso viel volle Tage auf der Bahn, mit endlosen Paß- und Kollpfladerreisen, die besonders in Serbien noch ganz an die erste Zeit nach Kriegsende erinnern, wirken stark auf die Reise Stimmung.

Aber jeder Risikant mußte verfliegen bei dem herzlichen, über alle Maßen begeisterten Empfang, den die bulgarischen Genossen mir und dem tschechischen Genossen Remec bereiteten. Kaum aus dem Zug heraus, befand ich mich bald in einer mächtigen Manifestation, die die Parteigenossen auf dem Platz vor der großen Kathedrale in Sofia veranstaltet hatten. Fast endloser Jubel wurde mir für die überbrachten Grüße der deutschen Sozialdemokratie und der Internationalen, besonders der englischen Arbeiterpartei, zuteil. Diese Stimmung wird vielleicht verständlicher, wenn man bedenkt, daß es das erste Mal in der Geschichte der bulgarischen Partei war, daß Vertreter der westeuropäischen Bruderparteien erschienen. Zweifellos hat dieser Umstand auch den Jubiläumskongreß selbst mehr in den Mittelpunkt des allgemeinen öffentlichen Interesses gerückt, als es sonst der Fall gewesen wäre. Das kam in der gesamten Presse zum Ausdruck.

Insofern erscheint das wichtig, als die Partei bei den letzten Wahlen eine Schlappe erlitten hat und zurzeit nur durch acht Abgeordnete in der Sboranije vertreten ist. Ihr Ansehen im Lande und auch bei der gegenwärtigen Bauernregierung Stambulofskis, zu der sie in heftigster Opposition steht, ist danach jedoch nicht zu bemessen. Dies kam zum Ausdruck, als die Regierung uns bat, uns nicht nur als Gäste der bulgarischen Partei, sondern auch der Regierung, des ganzen Volkes und Landes zu betrachten. In einer Unterhaltung, die im Zimmer des Präsidenten der Sboranije gelegentlich stattfand, erweiterte sie diesen Wunsch zu der Einladung, in beider Verfügun stehenden Verkehrsmitteln eine Besichtigung des Landes vorzunehmen, um besonders die Wirkungen des Arbeitsdienstgesetzes kennen zu lernen, eine Einladung, der wir jedoch schon aus Mangel an Zeit nicht folgen konnten. Ganz abgesehen davon, daß vielleicht auch die rechtlich etwas merkwürdige Regierungspraxis der Bauernpartei uns daran hätte hindern können, die sich bekanntlich ihrer politischen Gegner in der denkbar bequemsten Weise dadurch entledigt, daß sie diese ohne Verfahren hinter Schloß und Riegel setzt. Gegenwärtig sitzen etwa 30 frühere bulgarische Minister, zum Teil seit zwei Jahren, im Gefängnis, und jetzt erst soll durch Volksentscheid festgestellt werden, ob sie strafrechtlich verfolgt werden sollen oder nicht. Für unsere Rechtsbegriffe ist das sicher ein etwas ungewöhnliches Verfahren, das aber die Unterstützung der Kommunisten findet.

Der Parteitag selbst war von etwa 300 Delegierten besetzt und tagte stets unter Teilnahme einer mehr als tausendköpfigen Zuhörerschaft. In einem Referat über die innere politische Lage behandelte der parlamentarische Führer der Partei, Christo Postuchow, besonders eingehend das Verhalten der Kommunisten, die sich, wie überall, als Schädlinge der Arbeiterbewegung und Schrittmacher der Reaktion betätigen. Heute unterhält Rußland in Bulgarien ein Heer kommunistischer Agitatoren. Jedermann weiß, daß die bulgarischen Kommunisten die Gelder zu ihrer Befolgung nicht aufbringen, ebensowenig wie die Gelder in Höhe von etwa 15 Millionen Leva für die Ausführung des im Bau befindlichen kommunistischen Verwaltungsgebäudes in Sofia. Hier stehen die Gelder, die verhungernde Rußen am Leben erhalten könnten. Die Form ist geänderl, der Zweck ist der gleiche.

Die Sozialdemokratische Partei stützt sich in der Hauptsache auf die reifere Arbeiterschaft. Sie findet die stärkste Stütze in den Gewerkschaften und den Genossenschaften, die sich, nach deutschem Muster zentralistisch organisiert, in erfreulicher Ent-

wirkung befinden. Besonders die Gewerkschaft der Lehrer mit über 6000 Mitgliedern steht völlig auf dem Boden der Partei und bildet eine ihrer größten und berechtigtesten Hoffnungen für die Zukunft. Im Mittelpunkt des Parteitagess standen die Verhandlungen über die Stellung zur Internationale. Schon während meiner Begrüßungsrede, die ich zu einem Referat über die internationale Situation gestaltete, schien die Stellung des Parteitagess festzufallen, und als ich am Abend des gleichen Tages in einer großen Volksversammlung über dasselbe Thema sprach, war ich sicher, daß auch die Arbeiterschaft dem bisherigen Zustand ein Ende machen wollte. Als auf dem Parteitag dann der Beschluß zum Eintritt in die 2. Internationale einstimmig gefaßt worden war, kam es zu fortgesetzten stürmischen Ovationen für den internationalen Gedanken.

Wirtschaftlich leidet Bulgarien furchtbar unter den Folgen des Krieges. Daneben ist es die ungelöste mazedonische Frage, die nun schon seit mehr als 30 Jahren das politische Leben der Bevölkerung verpestet. Sicher sind es italienische Einflüsse und Geldmittel, die hier am Werke sind, um die Aufmerksamkeit von den italienisch-jugoslavischen Fragen abzulenken. Die mazedonische Bevölkerung selbst hat nur eine große Sehnsucht: die einer ruhigen Entwicklung. Darin sind Bulgaren, Türken, Griechen und Wallachen einig. Sie benötigen jede Gelegenheit, um das zum Ausdruck zu bringen. So erschien in Sofia neben einer Vertretung der Armenier, die von der Internationale Hilfe für die Vertreibung aus Konstantinopel erwartenden Armenier erbeten, eine Delegation der mazedonischen Föderation aller dort lebenden Nationen. Ihr Ziel, in dem sie die Unterstützung der Internationale erwarten, ist die Autonomie Mazedoniens, gegebenenfalls unter dem Protektorat des Völkerbundes. Der freie Durchgang zum Meer durch ihr Land würde die serbischen Wünsche erfüllen und Bulgarien den im Friedensvertrag von Neuilly zugesagten, aber bis heute noch nicht gegebenen „kommerziellen Zugang“ zum Meere sichern.

Aus meinen Eindrücken ergibt sich das eine: Der sozialistische Gedanke hat im Balkan nicht nur Wurzel geschlagen, er ist auch stark; denn er beherrscht die Kreise der gebildeten Arbeiterschaft. Vor allem aber ist die internationale Sozialdemokratie auch dort die große Hoffnung aller Unterdrückten. Für mich wird der Besuch bei den bulgarischen Sozialisten, wo ich soviel Liebe, Freundschaft und Begeisterung gefunden habe, wie bisher nirgendwo, in ständiger Erinnerung bleiben.

### Deutschnationale Heldengröße.

Die Deutschnationalen, die bekanntlich das Vertrauen zum Parlamentarismus verloren haben und das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf die außerparlamentarische Arbeit verlegen wollen, beschäftigen seit einiger Zeit die Parlamente mit kleinen Anfragen, über deren Qualität und Daseinsberechtigung man nur einer Meinung sein kann. In einer dieser Anfragen wurde gerügt, daß der Landrat des Kreises Calau am 27. Juli auf dem Marktplatz in Senftenberg aus Anlaß einer sozialistischen Protestkundgebung eine aufreizende Ansprache gehalten habe, die zu Plünderungen des Kaufhauses der Ufa-Wohlfahrts-Gesellschaft sowie mehrerer Geschäfte geführt habe. In seiner Antwort stellt Innenminister Severing fest, daß die Plünderungen erst zwei Tage nach der Ansprache begannen, daß ein ursächlicher Zusammenhang also nicht vorliegt. Im Gegenteil hat sich der Landrat unter Einsetzung seiner eigenen Person um die Verhinderung der Ausschreitungen bemüht und nicht wenig dazu beigetragen, noch Schlimmeres zu verhindern. Das konnte der deutschnationale Herr, der die Anfrage lanciert hat, natürlich auch selbst feststellen, wenn ihm daran gelegen war.

Aber es scheint, daß es den Deutschnationalen mehr auf Massenverhetzung als auf etwas anderes ankommt. Oder ist es etwa nicht aufreizend, wenn es in der „Schlesischen Zeitung“ heißt: „Der deutsche Bürger wird sich nach

dem Vorbild der Faschisten rühren müssen, da in diesem Winter seine Wehrhaftigkeit jedenfalls auf die Probe gestellt werden wird.“ Mehrfach der „Reichshote“, der in sehr durchsichtiger Verdrehung der Tatsachen der Sozialdemokratie die Gewaltpolitik der Kommunisten unterstellt und daraus die Schlussfolgerung zieht:

„Wer an die Gewalt appelliert, muß damit rechnen, daß ihm eines Tages wieder Gewalt entgegengesetzt wird. Terror kann nicht mit parlamentarischen Mitteln überwunden werden, sondern nur dadurch, daß man auf einen Schein anderthalbe steht.“

Was das heißen soll, ist jedem ersichtlich, der die deutschnationale und deutschnationalistische Psyche kennt. Man predigt den Terror, verleumdet tapfer und stellt sich entrüstet, wenn der Gegenstand ein derbes Wort entschließt. Das alles entspricht ganz dem Porträt deutschnationaler Heldengröße, wie wir es zur Genüge kennen.

Breslau, 2. November. (Zl.) Die erste Strafkammer des Breslauer Landgerichts verurteilte den Redakteur der „Schlesischen Volksstimme“ Alfred Müller wegen Vergehens gegen § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu einem Monat Gefängnis. Der Angeklagte hatte in Nr. 26 des genannten Blattes vom 30. Juni d. J. unter der Spitzmarke „Zwangserziehung zur Republik“ und „Die Lage der Schmach und Schande“ einen Artikel veröffentlicht, der nach der Anklage eine Beschimpfung der Regierung und insbesondere des Reichskanzlers enthielt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

### Schwerindustrie und sächsischer Wahlkampf.

Die Breslauer „Volksmacht“ veröffentlicht ein Schreiben, das der deutsche Industrieschutzverband an eine Reihe sächsischer Industrieller gerichtet hat. Es ist vom 17. Oktober datiert und hat folgenden Wortlaut:

In unserer außerordentlichen Sitzung in Sachsen ist von außerordentlicher Bedeutung. Die Wahl wird dafür entscheidend sein, ob die bisherige reinsozialistische Regierung, die maßgebend von der kommunistischen Landtagsfraktion beeinflusst wird, weiterbestehen bleiben kann.

Gewerbe und Industrie, alle Arbeiter haben ein ungemein großes Interesse am Ausfall dieser Wahl, und zwar nicht nur die sächsischen, sondern auch die außer-sächsischen Betriebe. Denn auch die Regierungspolitik im Reich wird durch das Bestehen rein sozialistischer Regierungen in einzelnen wichtigeren Ländern in erheblicher Weise beeinflusst. Schon die Tatsache, daß die sächsischen, thüringischen, braunschweigischen und anhaltischen Stimmen im Reichsrat nach den Weisungen sozialistischer Regierungen abgegeben werden, ist geeignet, den an sich schon überstarken Einfluß der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung noch erheblich zu verstärken.

Die Sozialdemokratie sucht natürlich ihr Bollwerk Sachsen unter allen Umständen zu halten und von ihrer Seite stehen die Mittel für den sächsischen Wahlkampf ungeheure Geldmittel aus dem ganzen Reich zu. Es müssen deswegen ebenso reichliche Mittel von antisozialistischer Seite aufgebracht werden, wenn der Wahlkampf für sie erfolgreich verlaufen soll.

Deshalb gestalten wir uns, auch an unsere außer-sächsischen Mitglieder hierdurch die Bitte zu richten, uns Beiträge dafür zur Verfügung stellen zu wollen. Wir werden die bei uns eingehenden Beträge zugunsten derjenigen Parteien, die den Sozialdemokraten gegenüberstehen, verwenden und sie deren Wahlfonds zuführen. Beiträge usw.

Das Schreiben zeigt, welche Bedeutung man in bürgerlichen Kreisen der sächsischen Landtagswahl beimißt. Die Schwerindustrie scheut kein Opfer, um die sozialistische Mehrheit im sächsischen Parlament zu brechen. Ein Parteiunterschied im Lager der Bürgerlichen soll nicht gemacht werden. Man geht zur Generaloffensive gegen die Sozialdemokratie über und hofft bei einem Wahlsieg in Sachsen auch auf die Entwicklung im Reich und in anderen Ländern einen Einfluß gewinnen zu können. Es ist selbstverständlich, daß sich die

Sozialdemokratie nicht vom schwerindustriellen Kapital zurückdrängen lassen darf. Die ungeheuren Geldmittel, die ihr in dem Schreiben angedichtet werden, stehen ihr zwar nicht zur Verfügung, um so energischer wird aber ihr geistiger Abwehrkampf sein. Es wäre interessant zu erfahren, welche bürgerlichen Parteien in Sachsen für die Einheitsfront des rollenden Dollars zu haben sind. Auf diesem Prinzip läßt sich ein vortreffliches Programm für eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft aufbauen.

### Die Geldsammlungen für Tschow.

Wie bereits in der Presse verschiedentlich mitgeteilt worden war, hatte die Inhaberin eines Ladengeschäftes in der Nähe der Technischen Hochschule, Charlottenburg, durch Ausbhang zu einer Litzeneintragung zugunsten des wegen Verhelfe an der Ermordung des Ministers Dr. Rathenau zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Ernst Werner Tschow angefordert. Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge hat die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums sogleich das Strafverfahren gegen die Geschäftsinhaberin wegen Vergehens gegen Ziffer 3 des § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik eingeleitet, nach dem die Ausbhang von Beschlüssen auf Gewalttätigkeiten gegen Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines der Länder mit Gefängnisstrafe von 3 Monaten bis 5 Jahren, resp. mit hohen Geldstrafen bedroht werden. Außerdem ist die Zeichnungslitze beschlagnahmt worden, ebenso auch das darauf gesammelte Geld.

### Anfänge einer Justizreform.

In der ersten Sitzung der Kommission zur Aufstellung eines Entwurfs einer neuen Zivilprozessordnung führte Reichsjustizminister Dr. Radbruch in einer einleitenden Ansprache über die Ziele des Gesetzgebungswerkes u. a. aus: Der aus einem vergangenen Zeitpunkt geborene Prozeß sei in seiner Schwerfälligkeit und Langsamkeit dem Volke völlig entfremdet. Der Unwille weiter Kreise richte sich aber nicht gegen das Prozeßgesetz, sondern gegen die, die es anwenden, gegen die Justiz. Ebenso wie gegen die Strafrechtspflege der Vorwurf der Klassenjustiz werde gegen die bürgerliche Rechtspflege derjenige der Weltfremdheit der Richter erhoben, der doch eigentlich und wesentlich nur der Zeitfremdheit eines überalterten Gesetzes gelte. Aus solchen Stimmungen heraus ergebe sich die Flucht aus der ordentlichen Justiz, die wir jetzt mit Besorgnis erleben, die Flucht der kleinen Objekte in die Sondergerichtsbarkeit und die der großen Objekte in die Schiedsgerichtsbarkeit. Die ordentliche Gerichtsbarkeit drohe zu einer Ruine zu werden, gerade noch gut genug, um daraus Steine zu brechen für den daneben zu errichtenden Neubau der Sondergerichte. Gerade die Gebiete, die der ordentlichen Justiz entzogen werden sollten, seien aber diejenigen, aus denen sich am ehesten die Erneuerung ihres sozialen Geistes ergeben könne. Nur eine kräftige und schnelle Neuordnung der Justiz könne ihrer fortschreitenden Aushöhlung durch die Sondergerichtsbarkeit und die Schiedsgerichtsbarkeit halt gebieten.

In der zweitägigen Beratung besprach die Kommission die wichtigsten grundsätzlichen Fragen der Reform. In einigen Wochen wird die Aussprache fortgesetzt werden. Außer dem Referenten des Reichsjustizministeriums und Vertretern der preussischen und bayerischen Justizverwaltung gehören der Kommission an Reichsgerichtsrat Busch-Beipzig, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Leon-Braunschweig, Professor Stein-Beipzig, Justizrat Dr. Magnus-Berlin und als korrespondierendes Mitglied Rechtsanwalt Fuchs-Karlruhe.

Dem Braunschweigischen Landtag ist ein Initiativantrag der Bürgerlichen Vereinigung auf Abänderung der braunschweigischen Verfassung, soweit sie sich auf den Landtag bezieht, zugegangen. Danach soll die Landesversammlung künftig nur aus 36 Abgeordneten bestehen. Ein Antrag Köfer (D. Bp.) fordert die Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten von 60 auf 40.

Das Kartell Republikanischer Verbände veranstaltet am 9. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem Dönhofsplatz eine Kundgebung für die Republik und die Opfer des Weltkrieges.

### Der vergiftete Schlaf.

Von Emil Rath-Schönhals.

Diebe, Ehrabschneider, Ehebrecher bestraft man mit Gefängnis, Kuppler und Kupplerinnen, Bismilcher, Raubmörder und andere ihrer Kunst mit Zuchthaus — aber keine Strafe kennt das Gesetz für jene, die uns den Schlaf morden. Nicht eine Nacht, nein, in hundert, tausend Nächten. Nicht den Schlaf eines Menschen, nein, den von Millionen.

Auch ich „schliefe einst still und harmlos“, wie nur Jugend schlafen kann: einen tiefen und doch leichten Schlaf, umfüllt von Bignetten lustiger, lichter, goldener Träume. Oft lehrte mir ein Traum wieder.

Blauer Himmel spannte sich unendlich weit, und unter ihm grüne, blumengeprenkelte Wiese — und ich wanderte mit offenen Augen und offenem Herzen durch Sonne und Singen, durch Blumen und Blau. Und wenn mich das Erwachen wieder in den Tag trug, zehrte mein Herz bis zum Abend von seinem stillen Traumglück. Und lehrte?

Wald träume ich, ich sitze wiederum auf der Schulbank. Und ob ich schon einer der Begabtesten war: eine gräßliche Angst, etwas vergessen zu haben, stecken zu bleiben, soltete mich, wirft mich im Schlaf von einer Seite auf die andere, treibt mir Schweipersen kalt und unbarmherzig auf die Stirn — und ich segne das Erwachen.

Oder: ich bin im Traum wieder Soldat, eingezwängt in den „lustigen bunten“ Rod, die Freude und Sehnsucht der Mädchen von einst. Wäre ich wach, würde ich dieses Soldatenspielen lächerlich finden: statt der Gewehre tragen wir Spazierstöcke, und während der Feldwebel nach altgewohnter Weise brüllt und wettert, singt der Unteroffizier vor mir ein gröhrend unzähliges Lied. Aber dann kommen die Griffe und mit ihnen die Herzangst: wehe dir, wenn du einen Geiß vermurkst! Und das Unglück ist geschehen: der Spazierstock entgleitet meinen Händen, und wie eine feurige Widua kommt schnaubend der „Spieß“ angebraust, hebt die Hand zum Schlag — ich halte abwehrend den Fuß vor, er brüllt: „Warte, du Schwein, heute abend!“ Ich kann mir diese Drohung nicht deuten, aber sie ist hier der Inbegriff eines furchtbaren Schicksals, das damoklesschwerhaft über mich hängt. Und dann Kompagniergerieren (will denn der Traum gar kein Ende nehmen? Ich weiß, daß ich träume — und werde nicht wach...). In Kompagnierfront — links marschierst auf — marsch, marsch! Ich laufe wie befehlen — ich kann nicht mehr. Und dann wieder die schneidende Stimme: „Wer nicht Richtung hält, wird heute abend erschossen!“ ... Gott sei Dank, ich bin wach.

Und dann wieder die Frontträume... Granatenheulen, Todesangst, Verwundetengestöhn, Fiebergetreisch... und Erwachen in schwächelnd-trübsinnigen Rissen...

Wenige Tage vor dem Ausbruch des „reinigenden Stahlbades“

hatte meine Mutter zwei kleine Träume: Kletterrosen bluteten steil an einer hohen Wand hinauf, daß sie in Blut versank. Und: sie schritt durch ein unermessliches, reises Aehrenfeld. Da kam ein Reiter, ritt stolz an ihr vorbei, und die Häupter der Aehren sanken schwer zu Boden, ohne sich wieder zu erheben. Meine Mutter glaubte, daß nach sieben mageren Jahren sieben fetter kommen würden.

Rein, Mutter: jener Reiter war der Krieg, und die getretenen Aehren, die vor uns den dunklen Weg gingen, sind der gemordete und vergiftete Schlaf von Abermillionen —

„Don Pasquale“. Diese köstliche Buffo-Oper Donizettis haben wir vor Jahresfrist von den Münchenern unter Bruno Walter gehört und waren von Stil, Ausführung und italienischer Singkunst entzückt. Nun bringt die Große Volksoper mit Fleiß ein nicht mehr ganz erkennbares, unbeschwingtes Operchen heraus, dessen leichtes Tempo und blühendes Leben von einem ernsten Dirigenten, von einem steifen Tenor (Eisenberg), von einer gezwungen spielenden und gewandt trillernden Sourette ertübt wird. Höchlich ist für diese Partitur ein zu schwerfälliger, zu wenig nachgebender Dirigent, die Korina der Valerie Doob ist ganz sehr am Ort. Sie kennt gerade die Noten, und wenn es hoch hergeht im Spiel und Gesang, ist sie in Verlegenheit und macht ein bitterböses Gesichtchen. Es ist ein anderes, auf dem Bobium Arien zu singen, ein anderes, auf der Bühne gleichzeitig menschlich, schelmisch, gewandt, biegsam und gelenkig zu spielen. Die Doogün kann das. Valerie Doob singt mit den Blüten am Kapellmeister und verhaspelt sich in den Koraturen. Mit dieser entscheidenden Rolle ist die Aufführung leider gerichtet; wer erst im vorletzten Bild und nicht gleich bei der berühmten ersten Glanzarie in Beifall untergeht, hat verlor. Ganz im Stil aufgegangen ist Ludwig Mantler, der verlorene Sohn, den man mit all seinen scharfen Nuancierungen und seinem klaren Gesang wieder lieb gewann. Auch Wilhelm Guttmann ist zu preisen; sein Ralatesta war ein Labfal an welchen Tönen und bereicherter Schauspielform. Er band und verband die auseinanderfallenden Teile der Szene wie ein guter, kluger Regisseur, ein Weltmann und ein Sänger von Geschmack. R. S.

Bründer ab? Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, ist der literarische Sachverständige im Berliner Polizeipräsidium Prof. Karl Brunner vom Amte suspendiert worden. Als Grund wird angegeben, daß nach dem Muster der Berliner Polizei auch andere Polizeiamter eine sogenannte schwarze Liste von Büchern angelegt haben und daß an der Spitze der Frankfurter Liste ein Buch von Brunner steht. Prof. Brunner ist bereits nach Bayern abgereist, wo er künftig seinen Wohnsitz nehmen will.

Eine Bestätigung dieser Nachricht war gestern abend nicht mehr zu bekommen. Hoffentlich ist nicht der Wunsch allein der Vater der Nachricht. Daß der Reigen-Vater nach Bayern verziehen sollte, wäre ein gutes Symbol für seine „staatszerstörende“ Tätigkeit. Und daß der Bekämpfer der Unsitlichkeit und Schundliteratur über seinen eigenen Schund gestürzt wäre, sogar ein guter Treppenhieb der Ständegesellschaft.

### „Körperbau und Charakter“.

Der uralte Wunsch, aus dem Aussehen des Menschen seinen Charakter zu erkennen, scheint seiner Erfüllung entgegenzugehen. In der Praxis wurden und werden schon immer Rückschlüsse vom Aussehen eines Menschen auf seine Natur gebildet, denn jeder bildet sich sofort eine Meinung über sein Gegenüber. Aber was man bis jetzt an Theorien darüber hatte, war Empirie, waren unbegründete sich oft widersprechende Meinungen. Jetzt endlich bemächtigt sich die Wissenschaft dieses Gebietes, und zwar kommt die erste Arbeit von der medizinischen Seite. Dr. Ernst Kretschmer, der Tübinger Neurologe und Psychiater, hat auf Grund der Beobachtungen an psychisch Erkrankten entsprechend den großen Krankheitsgebieten (manisch-depressiv und Dementia praecox) zwei Konstitutionstypen (pyknisch und schizopren) festgestellt. Er untersuchte die Temperamentsäußerungen, die Charaktere, die Naturanlagen dieser Typen, dehnte die Untersuchungen über den Kreis des Krankenhauses aus, und da ergab es sich, daß alle Menschen einer der beiden Typen an sich tragen, physisch und psychisch, so daß die Krankheit nur im Pathologischen gesteigertes Maß darstellt. Nun hat Kretschmer einen Merkmalsbogen ausgearbeitet, der die physischen Unterschiede und die Charakteranlagen eines jeden der beiden Konstitutionstypen enthält, so daß wir jetzt in der Lage sind, sowohl aus dem Aussehen des Menschen seine allgemeinen Anlagen, wie aus den Charakteräußerungen auf seine Konstitution zu schließen.

Kretschmer hat seine Untersuchungen in fesselnder Weise an der Hand zahlreicher Bilder in dem Buch „Körperbau und Charakter“ (Julius Springer, Berlin) erläutert und dann sein System an Charakteren verschiedener berühmter Männer durchzuführen. Das Ergebnis ist eine unzweifelhafte Parallellität zwischen Temperament und Körper, und zwar in folgender Art: den zwischen heiter und traurig, zwischen beweglich und behäbig pendelnden, natürlichen, weichen, abgerundeten Typen entspricht der pyknische Körperbau. Dieser zeigt starke Umfangsentwicklung von Kopf, Brust, Bauch, Neigung zum Fettansatz, gedrungene Figur; die Gestaltform entspricht einem flachen Fünfeck oder breiter Schildform. Im Gegensatz zu diesem Typus schwankt der Schizopreniker zwischen Ueberempfindlichkeit und Indolenz, zwischen Zerschandenheit und Zähigkeit, ist verhalten, sprunghaft, steif, und hat einen entweder mageren, schmalaufgestellten, muskeldünnen Körper mit flachem Brustkorb oder ist ein Wübel mit herbem, ausladendem Körperbau, mit plumpen Extremitäten (jedoch ohne die typische Rundheit des Pyknikers). Sein Gesichtspröfil zeigt einen spizen Winkel oder eine lange Nase. Der athletische Körper trägt meistens einen derben Hochkopf (Turmhöhle). Das Gesichtsschädel ist eine steile oder eine verkürzte Eiform.

Was hier nun gegeben ist, ist ja nur ein Anfang, eine erste auf wissenschaftlicher Untersuchung gewonnene Merkmalsabelle für psycho-physischen Zusammenhang. Es ist noch ein weiter Weg zu beschreiten, bis man den Charakter aus dem Aussehen eindeutig bestimmen wird, aber die Wissenschaft wird den ersten Weg bis zu Ende streiten.

R. Charol.

Zu der Staatsoper wird Barbara Kemp am Sonntag in der „Rollenrollen“-Aufführung die Parthallen und in der kommenden Woche am Mittwoch in der „Rosa Lisa“ die Titelpartie singen.

## Ministersuche in Bayern.

München, 2. November. (Fig. Drahtbericht.) Die Bayerische Volkspartei schiebt bei ihren Versuchen, das bisherige Regierungssystem fortzuführen, auf unerwartete Schwierigkeiten. Bisher nahm sie davon Abstand, ihre Parteiführer mit der Regierungsbildung zu betrauen. Sie sucht nach nationalen Persönlichkeiten, die, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, Selbstüberwindung genug besitzen, die Rolle eines Prügelknaben zu übernehmen und der Mehrheitspartei die Möglichkeit zu geben, bei gleichbleibendem Programm und Verhältnissen im Parlament populär, je nach der Konjunktur, mal ein bisschen mehr nach links und mal ein bisschen mehr nach rechts, zu regieren. Staatsrat Mayer, der als Berchthold's Nachfolger gedacht war, scheint das Schicksal seiner Vorgänger Kahr und Berchthold zu fürchten. Ihn hat offenbar stutzig gemacht, daß ein Führer der Bayerischen Volkspartei geäußert hat: „Wenn der neue Ministerpräsident nicht mehr paßt, dann schiden wir ihn eben wieder fort.“ — Da die Suche nach einem brauchbaren Objekt bisher ohne Erfolg war, ist die Einberufung des Landtages, die für den 3. November geplant war, auf nächste Woche verschoben worden. Bemerkenswert ist, daß innerhalb der Demokratischen Partei eine Strömung besteht, die für den Wiedereintritt in die Koalition wirbt.

Die „Münchener Post“ wendet sich in ihrer Donnerstagsausgabe mit einer Warnung an die Arbeiterschaft, sich nicht von rechtsradikalen Kreisen provozieren zu lassen. Unser Parteiblatt hebt besonders hervor, daß die Nationalsozialisten nach dem Vorbild der italienischen Faschisten Putschabsichten für den 11. November planen.

### Der verurteilte Riesbacher.

München, 2. November. Wegen Beleidigung der „Münchener Post“ wurde der Schriftleiter des „Riesbacher Anzeigers“, Weger, zu einer Geldstrafe von 1500 M. oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte behauptet, daß das Handgranatentat auf die „Münchener Post“, das bis heute noch keine Aufklärung gefunden hat, von Leuten fingiert worden sei, die in der „Münchener Post“ beschäftigt seien. In der Begründung des Urteils wurde gesagt, daß die behaupteten Tatsachen nicht erweisbar seien.

## Neues Milliardendefizit bei der Post.

Zur Vorlage betreffend eine neue Erhöhung der Post-Fernsprech- und Telegraphengebühren erklärte als Berichterstatter braunschweigischer Gesandter Boden im Reichsrat, trotz aller Erhöhungen der Gebühren sehe die Postverwaltung sich heute wieder einem Defizit von 60 Milliarden infolge Erhöhung der Gehälter und Steigerung der sachlichen Ausgaben gegenüber. Er sagte, eine Sanierung könne bei der Reichspost nur herbeigeführt werden durch eine Verminderung der Personalausgaben, die drei Viertel aller Ausgaben darstellten, und durch eine Vereinfachung der Verwaltung. Im großen und ganzen seien die neuen Erhöhungen auf dem Prinzip der Verdoppelung der Gebühren aufgebaut. Bei den Zeitungsgebühren sei im Hinblick auf die große Notlage der Presse von einer Erhöhung abgesehen, aber die Post wolle sich dadurch schadlos halten, daß das Zeitungsbestellgeld wieder eingeführt werde.

Reichspostminister Giesberts wies darauf hin, daß die Beschlüsse wegen Erhöhung der Beamtenegehälter wieder katastrophal auf die Verkehrsverwaltungen wirkten. Die Sache wird so kommen, sagte er u. a., daß wir für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr von 120 bis 150 Milliarden haben werden. Errechnen läßt sich heute überhaupt nichts mehr. Im Fernsprecherwerb liegen heute mehr Anmeldungen als Abmeldungen vor. Der Briefverkehr geht dagegen ganz enorm zurück und nach dieser Erhöhung wird er noch mehr zurückgehen. Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf ganz wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten. Die sozialen Einrichtungen, insbesondere die Versicherungsorganisationen, ebenso die

Vom Großkraftwerk Main-Wefer. Zwischen Kassel und Warburg, dort wo das Schwalmflüßchen durch die fruchtbarste Ebene des Hessenlandes fließt, klingt mit wuchtigen Akkorden das Lied der Arbeit. Dreitausend Arbeiter regen die Hände an einem Werk, das zu den gewaltigsten zählt, die in dieser schweren Zeit mit erstaunlichem Optimismus begonnen und einer bewundernswürdigen Kraft und Ausdauer durchgebohrt werden, um in Zukunft die Elektrifizierung sicherzustellen, und zwar unter Ausbeutung bisher unberührt gewesener Braunkohlefelder. Bevor der private Bergbau sich dieser früher mißachteten braunen Schätze der Erde bemächtigen konnte, legte der Staat die Hand darauf, um eine Dampfkraftanlage für das Elektrizitätsgebiet zwischen Main und Wefer aufzubauen. Um einen Begriff zu geben von dem Unternehmungsgeist, der dieses Werk leitet, sei die Tatsache festgestellt, daß in der Gemarkung der Gemeinde Trodenersfurt gegenwärtig zwei mächtige Baggermaschinen aufgestellt werden zur Beseitigung der Kohlenfelder, und diese Arbeit wird allein zwölf Jahre erfordern! Das neue mitteldeutsche Braunkohlefeld rings um das Städtchen Borken, nach dem das werdende Kraftwerk seinen Namen erhalten hat, bildet in Urzeiten den größten See des westlichen Mitteldeutschlands, der langsam vermoorte und austrodrnete. In diesen See erinnern noch heute die Namen der Gemeinden Kassenfurt und Trodenersfurt. Die in Borken gemutete Braunkohle wird als vorzüglich angesprochen. Wo bis zum Vorjahr noch des Landmanns Pflug starke Furchen zog, blühen jetzt zahlreiche Schienenstränge von Feldbahnen, und eine breite Gleisanlage im Anschluß an die Main-Wefer-Bahn dient dem großen Güterverkehr. Eine neu angelegte Kiesgrube bei Großenengels liefert das Material für die Betonierungen. Ueberall streben Mauerwerke empor, so daß bereits ein Ueberblick möglich ist über den Riesenumfang des Großbaues. Hand in Hand mit den Werkbauten geht die Wohnungsherstellung. Und im nächsten Jahre soll mit der Errichtung eines noch größeren Kraftwerks begonnen werden.

Ein neuer Rekord deutscher Flugzeugtechnik. Ein der normalen Hunter-Verkehrsflugzeuge hat am 1. November trotz Sturmwinden den Großglockner und Großvenediger mit der üblichen Besatzung von sechs Personen zum ersten Male überflogen. Die Leistung ist um so bemerkenswerter, da es sich um ein der in händiger Dienst befindlichen Verkehrsflugzeuge handelt, die den Entente-Baustimmungen vollkommen entsprechen.

Vom Thüringer Heimatmuseum. Eine neue Abteilung des Museums ist als länderkundliches naturwissenschaftliches Heimatmuseum in Erfurt eröffnet worden. In dem alten Hause „Zum Stodisch“ wird die Schausammlung eingerichtet mit einem großen Vortragsaal. Die Abteilungen sind in geologische, mineralogische, botanische und weitere einschlägige Zweige gegliedert.

Europas schwerste Güterzuglokomotive. Auf der Wändener Gemarkung, die unlangt ihre Warten schloß, war in den letzten Wochen noch ein besonderes Schauspiel anzusehen: die schwerste Güterzuglokomotive Europas, ein Werk aus der Wändener Maschinenfabrik Kassel. Die Lokomotive besitzt eine Länge von 17 1/2 Meter und hat ein Gewicht von 126 Tonnen. Von den acht gepulverten Rädern ist jedes zweite festlich zu verstellbar, das die Maschine reibungslos sich durch die härtesten Kurven bewegen kann. Der neue Typ wird auf Strecken mit großer Steigung Verwendung finden.

Der Vorhänger. Aufstufendamm 281, eröffnete eine Kollektionsausstellung des Malers Paul Böder, welche Gemälde und Aquarelle, sowie zahlreiche graphische Arbeiten zeigt. Die Ausstellung ist auch Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet.

Behörden werden ungeheuer belastet und es werden gewisse Kulturinteressen und Menschenteile betroffen, die ohnehin einen schweren Kampf ums Dasein führen. Darum werden wir überlegen müssen, ob künftig die Forderung der rein wirtschaftlichen Bilanzierung des Staats aufrechtzuerhalten ist oder nicht.

Die Vorlage wurde unverändert angenommen, ebenso ein Gegenentwurf, der das Gesetz zur Bekämpfung der Kapitalflucht teilweise verschärft, teilweise mildert. Die Verschärfungen entsprechen Forderungen der Reparationskommission. Die persönliche Mitnahme von Geld ins Ausland wurde auf den Betrag von 200 000 M. erhöht.

## Städtische Beamte und Sozialdemokratie.

Aus parteigenössischen Beamtentreffen wird uns geschrieben: Die städtischen Beamten haben am Montag in einer stürmischen Versammlung gegen die durch den Einspruch des Oberpräsidenten drohende Verleserung der Befolgsordnung protestiert. Die Erregung der Beamtenschaft ist begreiflich und berechtigt. Um so nachdrücklicher aber muß davor gewarnt werden, daß sich diese Erregung auch gegen Körperlichkeiten und Vorgänge richtet, die an der Verleserung vollkommen unschuldig sind. Wenn die Beamtenschaft selbst ausgehen muß, daß die Stadtverordnetenversammlung und insbesondere die sozialdemokratische Fraktion den ursprünglichen Entwurf erheblich verbessert hat, daß sie sich auch jetzt dem Einspruch des Oberpräsidenten nicht willenslos fügt, sondern in allen entscheidenden Punkten das Schiedsgericht anrufen will, so ist es sinnlos, gegen dieselbe Stadtverordnetenversammlung Sturm zu laufen. Insbesondere aber sollte die Beamtenschaft einsehen, daß die Drohung mit dem Austritt aus den politischen Parteien und mit der Gründung einer besonderen Beamtenpartei nur geeignet ist, die politische und wirtschaftliche Einsicht der Beamtenschaft in Mitleidenschaft zu bringen.

Der Widerspruch der Beamten richtet sich insbesondere gegen die gemischte Deputation, die nicht zu Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Vertretern bereit gewesen sei. Hierzu ist zunächst festzustellen, daß Bürgermeister Genosse Ritter als Vorsitzender dieser Deputation die Vertreter der Gewerkschaften gebeten hat, ihre Bedenken zu Beginn der Beratungen im Zusammenhang vorzutragen, um dann „im Hin und Wider von Fragen und Rückfragen die Ansichten zu klären“. Später sollte sich dann die Einzelberatung anschließen. Dieser Standpunkt entsprach dem der sozialdemokratischen Fraktion, und es dürfte niemanden geben, der in einer solchen Beteiligung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht den Willen zu „Verhandlungen“ mit ihnen erkennt. Wenn sich aber die berufenen Vertreter der Beamtenschaft zu einer solchen Darlegung außerstande erklären, wie dies ziemlich eindeutig zum Ausdruck gekommen ist, und daraufhin die Verhandlungen überhaupt abbrechen, so kann die Schuld jedenfalls nicht irgendeiner Partei, am allerwenigsten der Sozialdemokratie aufgeladet werden. Je kräftiger sich vielmehr eine Partei wie die sozialdemokratische für die Anerkennung und Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen einsetzt, um so schmerzlicher muß es für sie sein, wenn sie von ihren Vertretern selbst an entscheidender Stelle im Stich gelassen wird. Dadurch wird unsere Waffe im Kampfe um das Mitbestimmungsrecht stumpf gemacht, die Gegner dieses Rechtes werden immer wieder darauf hinweisen, daß hier selbst auf dieses Recht verzichtet worden sei. Selbst wenn die Vertreter der Beamtenschaft der Meinung wären, daß sie ihren Kampf für die berechtigten Forderungen auf einem unanständigen Boden ausfechten müßten, so dürften sie trotzdem ihre Sache nicht einfach im Stich lassen. In Wirklichkeit bestand aber die Form der Vertretung und der Verhandlung zum mindesten zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und ihnen selbst überhaupt keine Meinungsverschiedenheit.

Die Sozialdemokratie hat bei der ganzen Beratung der Befolgsordnung vom ersten Tage bis zum letzten eine vollkommen klare Linie eingehalten. Sie hat sich als Sachwalterin der Interessen der unteren und der mittleren, der geringeren und der gering besoldeten Gruppen gefühlt. Sie wäre also sehr erfreut gewesen, wenn ihre Vermählungen ein Höherstufung dieser Gruppen auch diesmal von den Komba-Vertretern wirkungsvoll unterstützt wären. Da die Komba-Vertreter aber entgegen ihrer am Montag gegebenen Zusage auch zu den Diensttagssitzungen nicht erschienen waren, so hat die sozialdemokratische Fraktion ihren Kampf für die berechtigten Interessen der städtischen Beamtenschaft allein führen müssen, aber sie ist nicht davor zurückgeschreckt, diesen Kampf auch auf dem durch die Vertreter des Komba geschaffenen ungünstigen Boden trotzdem mit Energie und mit Erfolg durchzuführen.

## Der Papst gegen politisierende Kirchenfürsten

Aus Warschau meldet die „Deta“, daß der Papst dem Erzbischof Theodorowitsch und dem Krafauer Fürstbischof Sapieha verboten hat, für den polnischen Senat zu kandidieren. Beide waren von den Nationaldemokraten als Kandidaten aufgestellt worden.

Wenn Pius XI. diesen Grundsatz auf alle kirchlichen Beamten erstreckt, so können sich daraus weittragende politische Konsequenzen entwickeln. So müßte der deutschösterreichische Bundeskanzler Seipel sein Amt niederlegen, ebenso der deutsche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und überhaupt zahlreiche Parlamentarier in den meisten europäischen Ländern. Sollte sich jedoch dieses Verbot auf die oberen Diener der katholischen Kirche beschränken, so hoffen wir, daß der Vatikan die Gelegenheit nicht veräumen wird, dem Konsignore Faulhaber jenen politischen Maulkorb anzuhängen, den er im Interesse des inneren deutschen Friedens dringend benötigt.

General Le Rond wird Kommandeur des Brüdenlopfes Koblenz.

	2. November		1. November	
	Räufel- (Gold-) Kurs	Verkäufel- (Silber-) Kurs	Räufel- (Gold-) Kurs	Verkäufel- (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden . . . . .	1825.17	1084.58	1778.05	1781.05
1 argentinischer Papier-Peso . . . . .	1763.57	1774.43	1828.41	1636.59
1 belgischer Frank . . . . .	319.20	320.80	297.75	299.25
1 norwegische Krone . . . . .	802.76	897.24	828.92	831.08
1 dänische Krone . . . . .	985.03	989.97	910.21	914.79
1 schwedische Krone . . . . .	1821.68	1829.32	1211.96	1218.04
1 finnische Mark . . . . .	125.68	126.32	114.21	114.79
1 japanischer Yen . . . . .	—	—	2189.51	2200.49
1 italienische Lire . . . . .	211.96	213.04	191.82	192.48
1 Pfund Sterling . . . . .	2194.5—	2205.5—	20199.37	20300.63
1 Dollar . . . . .	4825.15	4949.85	4588.02	4561.38
1 französischer Frank . . . . .	844.13	845.87	821.69	828.31
1 brasilianischer Milreis . . . . .	561.59	564.41	518.70	521.80
1 Schweizer Frank . . . . .	902.73	907.27	820.94	825.06
1 spanischer Peseta . . . . .	753.11	756.89	691.26	694.74
100 österr. Kronen (abgest.) . . . . .	6.28	6.27	5.98	5.72
1 tschechische Krone . . . . .	157.60	158.40	143.74	144.26
1 ungarische Krone . . . . .	2.07	2.09	1.81	1.88
1 bulgarischer Lema . . . . .	83.91	84.09	80.67	80.38

100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 84 M.

## Zurückziehung der Militärkommissionen.

WTB. meldet: Die Regierungen von Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan sind auf Ihren der Reichsregierung im April d. J. gemachten Vorschlag zurückgekommen, die gegenwärtig zur Überwachung der Durchführung der besetzten militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles bestehende interalliierte Militärkontrollkommission zurückziehen und durch ein bedeutend weniger zahlreiches militärisches Garantiekomitee zu ersetzen, dessen Kosten die genannten Regierungen tragen wollen. Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Vorschlags ist, daß die endgültige Durchführung mehrerer die Entwaffnung Deutschlands betreffender Fragen sichergestellt ist.

Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, über diesen Vorschlag in Verhandlungen einzutreten unter der Voraussetzung, daß durch diese Verhandlungen die Beschränkung der Überwachung Deutschlands auf die im Friedensvertrag dem Rate des Völkerbunds eingeräumte Befugnis vorbereitet wird.

## Erste Kabinettsitzung unter Mussolini.

Offizieller Optimismus. Rom, 2. November. (WTB.) Der Ministerrat trat vergangene Nacht zu einer Sitzung zusammen, die drei Stunden dauerte. Mussolini gab in seinem Bericht über die

innere Lage bekannt, daß diese sofort wieder ihr altes Aussehen bekäme, und daß 42 000 Faschisten bis Rittersnacht Rom verlassen hätten. In der inneren Politik wird das Kabinett sich die Wiederherstellung der nationalen Ehre und Ordnung angelegen sein lassen, jeden Schritt zur Befriedigung des Landes (?) unterstützen und nicht nur mit Worten, sondern durch Taten den Beweis erbringen, daß nur eine Staatsgewalt und keine andere neben ihr bestehen könne. Zur

auswärtigen Politik teilte Mussolini mit, daß er in diesen Tagen mit den auswärtigen Vertretern Fühlung genommen habe, und er erklärte, daß es vor der Herrschaft des Faschismus sowohl wegen seiner Vorgesichte, als auch wegen der Art, wie man zur Macht gelangte, im ersten Augenblick in gewissen internationalen Kreisen Beforgnis erregt hätte, doch hätten Telegramme, die von ihm an die Staatsoberhäupter geschickt worden wären, diese dunklen Gerüchte bereits zerstreut, wie die Besserung der Beschäftigung und der italienischen Valuta zeige.

## Mussolinis Geldvermittler.

Der Pariser „Populaire“ berichtet über eine Unterredung, die der französische sozialistische Abgeordnete Barthe mit Mussolinis Sohn im August d. J. in Pavia geführt hat. Dabei erzählte der Sprößling des neuen italienischen Diktators, daß sein Vater die besten Beziehungen während des Krieges zu einer der prominentesten Persönlichkeiten der jetzigen kommunistischen Internationale unterhalten habe, nämlich zu Marcel Cachin. Dieser sei im Winter 1915 als Abgesandter der französischen Regierung nach Holland gekommen, um Mussolini eine sehr große Summe zu überbringen, die dieser für sein Blatt „Popolo d'Italia“ benötigte, um seinen Feldzug für den Eintritt Italiens in den Krieg fortzusetzen. . . .

Lurati und Treves aber, die damals den Kampf der sozialistischen Partei Italiens gegen den Krieg führten und die dementsprechend von Mussolinis Blatt geschmäht und bedroht wurden, die werden heute von der gesamten kommunistischen Presse, insbesondere in der von Cachin geleiteten „Humanité“ als „Verräter“ und „Sozialpatrioten“ beschimpft!

## Bonar Laws erste Ministerrede.

London, 2. November. (WTB.) Bonar Law hielt heute nachmittags vor einer Frauerversammlung seine erste öffentliche Rede in London als Premierminister. Er sagte u. a.: Die wahre Ursache des Zusammenbruchs der Koalition sei darin zu suchen, daß das englische Volk allgemein der Ansicht sei, daß man unter Lloyd Georges Herrschaft nicht wußte, wo man heute stand, und nicht sagte, wo man morgen stehen werde. Es sei ein großer Fehler, anzunehmen, daß neue und jüngere Männer in der Regierung die Arbeit nicht ebenso wirksam leisten würden. Lloyd George sei ein Mann von riesenhafter Energie und überraschender Vitalität. Jede große Frage, die auftauche, habe er in Angriff zu nehmen verstanden. Dies sei nicht seine (Bonar Laws) Art, ein wichtiges Amt auszufüllen. Er wolle es ausfüllen, wie der Mann an der Spitze eines Geschäfts, der die Arbeit anderen überläßt und

nur allgemein die Aufsicht führt. Dies sei der Wunsch, den er beabsichtige. Bonar Law wiederholte, daß seine Politik Ruhe und Stetigkeit zum Ziele habe. Es gebe Zeiten, wo es gut sei, still zu sitzen und langsam zu gehen. Die Besprechungen zu Frankreich müßten der Grundton der britischen Außenpolitik sein. In der inneren Politik sei die Hauptsache, die Ausgaben zu verhindern. Ohne dies sei eine Herabsetzung der Steuern nicht möglich.

## London und Paris gegen Ungarn.

Eine Bestätigung der Meldung der „Chicago Tribune“, wonach die Nationalversammlung in Ungarn die Absetzung des Sultans und die Republik proklamiert hätte, liegt bisher noch nicht vor. Dagegen scheint es, daß das Aufstehen der Türken in Thrazien, wo sie Massenterritorierungen vornehmen, auf die französische Regierung beunruhigend zu wirken beginnt, so daß in einer Unterredung, die am Mittwoch zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter in London stattgefunden hat, ein gemeinsames scharfes Vorgehen gegen die Kemalisten beschlossen worden sein soll. In London und Paris ist nach einer Meldung des Exchange Telegraph aus Konstantinopel das Gerücht verbreitet, daß 60 französische Soldaten durch türkische Truppen ermordet worden seien.

## Deutscher Wahlsieg in Bielitz-Teschen.

Breslau, 2. November. Bei den Kommunalwahlen in Bielitz und Teschen im früheren österreichischen Teile von Schlesien wurde eine starke deutsche Mehrheit gewählt. (Über um das Gebiet stritten sich vor dem Obersten Rat — Posen und Teschen —) Redaktion.)

## In Sowjetrußland wird weiter erschossen.

Moskau, 2. November. (WTB.) Die im Moskauer Spionageprozess gegen einige Mitglieder der lettischen Vertretung gefällten acht Todesurteile sind an sechs der Verurteilten bereits vollzogen. Die übrigen zwei Verurteilten hat die Sowjetregierung sich bereit erklärt gegen in Lettland verurteilte Kommunisten auszutauschen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitszeit der Eisenbahner.

### Fällungen der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in ihrer Morgenausgabe vom 26. Oktober mit den vor einiger Zeit an dieser Stelle besprochenen Dienstdauererforderungen für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Reichsbahn. Der Verfasser, der sich den Anschein des Sachkundigen zu geben versteht, stellt jene irreführenden und unwahren Behauptungen auf, die seiner Kritik zur Veröffentlichung in dem kommunistischen Blatte geeignet machen. So wird gleich anfangs behauptet, daß die Dienstdauererforderungen am 1. November „geschliche“ Kraft erhalten und „im Dienst der Reichsbahn allgemein durchzuführen“ werden sollen. Damit sei der gefehlende Achtstundentag für die Eisenbahner offiziell aufgehoben. Solche Worte, soviel Unwahrheiten.

Erstens handelt es sich um kein Gesetz, sondern um Vorschriften auf Grund von Verhandlungen, die also durch neue Verhandlungen wieder geändert werden können. Zweitens gelten diese Vorschriften nur für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Deutschen Reichsbahn. Die geschliche achtstündige Arbeitszeit wird aber auch für dieses Personal durch die Vorschriften nicht aufgehoben. Die Spitzenorganisationen haben in einer schriftlichen Erklärung vom 13. April ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie am achtstündigen Arbeitstage festhalten. Der „Rote Fahne“ und ihrem hochwürdigen Gewährsmann sind selbstverständlich alle diese Dinge genau so gut bekannt wie uns.

Die Verkündungen der „Roten Fahne“ gehen stets auf den Krücken der Fällung. Dafür einige Beispiele: Es wird der § 8 der Dienstdauererforderungen als Beweis von Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustand angeführt. Die „Rote Fahne“ schreibt:

„Die diese Besserungen ausgeben, das zeigt der § 8 der Dienstdauererforderungen. Es heißt dort: Ueber 12 bis auf höchstens 15 Stunden können die Dienststunden bei einfachen Beschäftigten um so viele Stunden verlängert werden, als wenigstens einstündige Arbeitsunterbrechungen in der Dienstschrift enthalten sind.“

Wer die Vorschriften zur Hand nimmt, wird sofort feststellen, daß das Wort „Dienststunden“ in „Dienststunden“ umgeschlüsselt ist und doch hinter dem Wort „Arbeitsunterbrechungen“ die Worte „über Ablauf 3 hinaus“ auselassen wurden. Durch die erwähnte Auslassung wird der Anschein erweckt, als könnten solche Dienststunden festgesetzt werden, wenn eine „wenigstens einstündige Arbeitsunterbrechung“ (Pause) in der Dienstschrift enthalten ist. Aus dem Wortlaut des hier zitierten Absatzes und dem Kommentar der Gewerkschaften ergibt sich jedoch, daß in einer 15-Stunden-Schicht vier mindestens einstündige Pausen oder mindestens eine Pause von vier Stunden enthalten sein müssen.

### Ein weiterer Beweis für die

### beabsichtigte Irreführung und Fällung

ist das von der „Roten Fahne“ zitierte Beispiel, das sie für die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und der Bezahlung der Eisenbahner anführt. Sie zitiert ein Beispiel aus dem Kommentar der Gewerkschaften über die Dienstschrift eines Lokomotivführers, der in einer 14-Stunden-Schicht 10 Stunden und 30 Minuten Arbeitszeit zu leisten hat. In diesem Beispiel wird der Wortlaut aus dem Kommentar in der Weise zitiert, daß am Schluss der Aufstellung gesagt wird: „Fahrt von B. nach A. als Reserve-Lokomotivführer 5-8 Uhr = 180 Minuten Dienstschrift, davon 50 Proz. als Arbeitszeit = 90 Minuten Arbeitszeit.“

In dem Beispiel des Kommentars heißt es an dieser Stelle: „Fahrt von B. nach A. als Fahrgast ufm.“ Der Sinn der Fällung ist der, daß die Fahrzeit als „Reserve-Lokomotivführer“ nach den Dienstdauererforderungen voll als Arbeitszeit, die Fahrt als „Fahrgast“ dagegen nur mit 50 Proz. als Arbeitszeit zu bewerten ist.

Die „Rote Fahne“ schreibt, daß „fast“ alle Beispiele, die in der Broschüre angeführt werden, eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse bezeugen. Sie zitiert dabei absichtlich ein Beispiel aus dem Kommentar, aus dem sich eine 14-Stunden-Schicht bei 10 1/2 Stunden Arbeitszeit ergibt, während sich aus den zwei vorhergehenden Beispielen des Kommentars eine 8-Stunden-Schicht bei 8 Stunden Arbeitszeit und eine Schicht von 4 Stunden 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von 4 Stunden und 30 Minuten ergibt. Auf eine längere Dienstschrift folgt in der Regel eine kürzere Schicht oder ein Ruhetag.

Aus unserer Gegenüberstellung ergibt sich, daß die „Rote Fahne“ mit Absicht eine 14stündige Arbeitszeit des Lokomotivführers in diesem Falle konstruiert, für die dieser angeblich nur 10 1/2 Stunden „bezahlt“ erhält, wie das Blatt schreibt. Die „Rote Fahne“ braucht natürlich nicht zu wissen, daß ein Eisenbahnbeamter nicht nach Stunden bezahlt wird, sondern Monatsgehalt bezieht. Und diese Leute, die bemüht sind Fällungen, Lügen und Verleumdungen operieren, spielen sich als „Arbeitervertreter“ auf!

## Der Schiedsspruch im Holzgewerbe abgelehnt!

Am Mittwoch ist im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Schiedsspruch für das Holzgewerbe gefällt, zu dem die Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes am gleichen Tage in Altemo Festhalten Stellung nahmen. Aus dem eingehenden Bericht des Kollegen Soefe über den Verlauf der ganzen Verhandlungen und über den Schiedsspruch ist zu entnehmen, daß in der ersten Novemberwoche 85 Proz. in der zweiten Woche 50 Proz. und in der dritten und vierten Novemberwoche 60 Proz. Zustimmung gegeben werden sollen.

Mit großer Enttäuschung wiesen die Versammelten das Ergebnis als viel zu gering zurück, zumal eine rückwirkende Zahlung für Oktober gänzlich abgelehnt worden war. Sämtliche Redner brachten zum Ausdruck, unter keinen Umständen ein Lohnabkommen nach diesen prozentualen Sägen abzuschließen. Es sei vielmehr an den alten Forderungen unbedingt festzuhalten. Die Abstimmung über das Ergebnis ergab, daß von etwa 2000 Versammlungsteilnehmern die fast einstimmige Ablehnung beschlossen wurde.

Um einen letzten Versuch zu machen, den Kampf im Holzgewerbe aufzuhalten, ist nach einer weiteren Aussprache von beiden Vertragsparteien das Reichsarbeitsministerium an-gesprochen worden. Die Verhandlungen an dieser Stelle sind bereits auf heute vormittag 9 Uhr angefangen und wird es sich hier zeigen, ob der Friede im Holzgewerbe erhalten werden kann. Die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes werden daran anschließend heute ihre endgültige Entscheidung treffen. Näheres über die Versammlung siehe Inserat.

## An die Berliner Bauarbeiter!

Unter dieser Aufschrift brachte die „Rote Fahne“ gestern früh einen Artikel, der in Form einer Polemik gegen den „Grundstein“ erneut die Beitragsperre propagiert. Die Kommunisten wollen die Beiträge für ihren Verband der Ausgeschlossenen, der jetzt in der Müllerstraße ein eigenes Bureau unterhält und auch ein Verbandsorgan herausgibt. In diesem Artikel wird in der üblichen kommunistischen Weise versucht, die Dinos auf den Kopf zu stellen und die Existenz der kommunistischen Gegenorganisation zu rechtfertigen. Die wackeren Vertreter der „Einheitsfront im Baugewerbe“, die sie erst systematisch untergraben und zerstört haben, zeigen hier ihr wahres gewerkschaftliches Gesicht.

Weil die Leitung des Bauarbeiterverbandes die Organisation nicht zum Tummelplatz kommunistischer Partei- und Weltrevolutionärsorganisation nach der Parole: „Es muß alles ruiniert werden“ werden lassen konnte, war sie gezwungen, die Moskauer jungen Leute samt ihrem Anhang auszuschließen. Die Ausschließungen machen einen eignen Boden auf, suchen weitere Kundchaft und fordern zur Beitragsperre gegen die Organisation auf, zur Beitragszahlung für ihre kommunistische Gegenorganisation. Die Drahtzieher wollen auf diese Weise den Bauarbeiterverband zwingen, sich ihnen anzuliefern. Gibt man ihnen den Bauarbeiterverband ganz in die Hand, dann werden sie archimüdig auf ihre Sonder-gründung verzichten. Kommunistische Dogm.

Dem Berliner Vereinsvorstand werfen die gekränkten-Unschuldskammer vor, er bzw. Thöns habe den ganzen Sommer über eine falsche Lohnpolitik geübt. Demgegenüber sei festzustellen, daß der Berliner Bauarbeiterverband über jedes Lohnabkommen im Laufe dieses Sommers selber und unbeeinträchtigt die Entscheidung getroffen haben. Beitragsperre gegen den Verband der Ausgeschlossenen, Pflichterfüllung gegen den Deutschen Bauarbeiterverband, muß die Parole jedes Verbandsmitgliedes sein!

In Eberswalde mußte der Zweigverein infolge des kommunistischen Trebens ebenfalls aufgelöst werden. Der Verein zählte 800 Mitglieder. Gelegentlich einer kommunistischen Gastrolle, zu der 200 Mitglieder von den 800 erschienen waren, ließen sich etwa 100 nach der zweifelhafte Schaumtschädelerei von Kaiser-Berlin einreisen, indem sie die Beitragsperre beschloßen. Kaiser hatte für seinen Verband gleich Mitgliedsbücher, Beitragsmarken und sonstiges Material mitgebracht. Die übrigen Anwesenden enthielten sich der Abstimmung. Da der Verein durch diesen Beschluß sich außerhalb des Verbandes stellte, mußte er aufgelöst werden, um Ordnung zu schaffen. Den Mitgliedern, die ihrer Organisation die Treue halten, ist natürlich Gelegenheit gegeben, ihre Mitgliedschaft fortzusetzen.

Da die kommunistischen Herrschaften mit offenen Karten spielen müssen, kann jedermann ihre gewerkschaftsgegnereischen gemeinshädliche Taktik deutlich erkennen. Lassen wir uns unsere Gewerkschaften nicht zerstören noch sie von den Kommunisten für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen!

## Giesberts für den Achtstundentag.

Reichspossuminister Giesberts sprach gestern in Münster über Deutschlands Not und Rettung und führte unter anderem aus: An dem Achtstundentag müsse grundsätzlich festgehalten werden. Darunter sei aber kein schematischer Acht-

stundentag zu verstehen, und während der 8 Stunden müsse auch wirklich gearbeitet werden. Eine bedeutende Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage werde durch die gewaltig anwachsende Zahl von Ausländern herbeigeführt, die dank der geringen Tariflöhne für Ausländer Deutschland fortwährend bereisen und auslaufen.

## Eine Abgabe.

Auch die Betriebsräte der Ledebour-Gruppe wollen bei dem Betriebsräteheute, das die A.B.D. inszeniert, mit Stoffen bilden. Sie haben in zwei Versammlungen darüber beraten, sind aber schließlich zur Ablehnung einer Beteiligung gekommen. Von den unermesslichen Seitenhieben auf die Sozialdemokratische Partei und den A.B.D. abgesehen, sind die Gründe der Ablehnung folgende:

Erstens könne es sich nur um einen Rumpfkongress handeln, da nur ein kleiner Teil der Betriebsräte dort vertreten sein werde. Daran folge, daß die eventuell gefassten Beschlüsse nicht durchgeführt werden können, weil hinter dem Kongress keine Macht steht. Uebrigens würden durch den Kongress nur Zwistigkeiten in der Arbeiterkassen hineingetragen; die Unternehmern wären der lachende Dritte. Aus diesen und noch anderen Gründen wollen auch die Anhänger Ledebours von dem kommunistischen Betriebsrätekongress nichts wissen. Wieder ein kommunistischer Sieg.

Zur Frage der Feier des 9. November geben wir bekannt, daß wir gemäß einem Beschluß unserer Vertreterversammlung den Mitgliedschaften der uns angeschlossenen Verbände die Teilnahme an den an diesem Tage stattfindenden Veranstaltungen ihrer Parteien empfehlen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsrat Groß-Berlin, Platau, Otto.

Werkmeister in den Berliner Buchbindereien! Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über die Oktobergehälter sind gescheitert. Ein Entgegenkommen der Arbeitgeber wurde durch das Verhalten des Verbandsvertreters der Arbeitgeber verhindert. Ausführlicher Bericht wird in der Versammlung am Freitag Abend gegeben.

Achtung, Bauarbeiter! Im Hinblick auf die wachsende Not und die weitere Wertminderung sehen sich die Arbeitervertreter veranlaßt, bei den Arbeitgeberverbänden eine Nachrevision der am 12. Oktober getroffenen Vereinbarung zu beantragen. Die Verhandlungen finden am Dienstag, den 7. November, statt.

Der Vereinsvorstand.

Der Zusammenschluß der preussischen Polizeibeamtenverbände hat die bisher im Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands organisierten Landesverbände veranlaßt, den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands aufzulösen. Unter Beteiligung sämtlicher Polizeibeamtenverbände Deutschlands ist der „Deutsche Polizeibeamtenbund“ gegründet worden.

Verband der Wäcker, heute 7 Uhr in den Kochhäusern „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10. Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Holzarbeiterverband, Sitzung, Ritzschmacher! Heute 7 Uhr im Arbeiterlokal, Kungestr. 30. Versammlung über den Holzarbeiterverband angeheben. Ritzschmacher. - Die Bräutigamleitung.

Deutscher Werkmeisterverband, Freitag nachmittag 5 Uhr im Klubhaus, Schmitzstr. Versammlung über in Buchbindereien ufm. beabsichtigten Werkmeister. Tagesordnung: Bericht der Tarifkommission.

8. d. u. Gedächtnisfeier, alle 11.000. Freitag Abend 6. Uhr in den Kuchentisch, Börsenhaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 41. Kandidatenversammlung. 1. Wahlprüfung der Kandidaten zur Delegiertenversammlung. 2. Die Vorgänge in der Reichsbundstreife. Alle Funktionäre werden ersucht pünktlich zu erscheinen. Zur Funktionärsauswahl und Mitgliedsbuch werden aus.

Die Sektionsleiter sämtlicher Sektionen treffen sich bereits um 6 Uhr in den Kuchentisch Kaiser-Wilhelm-Str. 41.

Berichtsmäßig für den redakt. Teil: Biele Schill, Berlin; für Angelegenheiten: H. Glode, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Post-Druck u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 10 Cent.

Unseren Wünschen brauchen Porzell als Kraftkost nahrhaft u. wohlfeil

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf unterwies Koch & Seeland G. m. H. Gertraudenstr. 20-21.

**Hühneraugen** Hornhaut, Schwielen u. Wunden **Kufirol** beseitigt alle Schmerzen in Knochen u. Gelenken, heilt alle Arten von Fußschwellen und Wundläusen Kufirol-Fußbad!

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter Ferdinand Mützel  
am 30. Oktober gestorben ist  
Ihre feierliche Beerdigung findet am Montag, den 6. November, nachm. 1 Uhr, im Krematorium Berlin, Bredstr. 14, statt. Begeleitung erwünscht.  
Der Ortsverwaltung.

**Möbel**  
Bar II Teilzahlung  
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer  
sowie Einzelstühle und farbige Küchen  
kaufen Sie heute noch  
**billig**  
weil ich noch ältere Lagerbestände besitze. Gekaufte Möbel können kostenlos tauschen  
**BEISER** Lohringer Strasse 67.

100 Mark wöchentlich  
erh. Sie bei H. von Barthel  
Gardinen, Stores, Bettwäsche, Bettdecken, Chalet-lounges, Teppiche, deutsche Teppiche, Kissenstoffe etc.  
**Barthel**  
Jarnbacher Str. 34  
siehe Zeitungs-Ank.

**Aia** bestes Putz- u. Scheuermittel  
Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.  
Henkel & Cie. Düsseldorf

Deutscher Holzarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin - Kungestr. 30  
heute, Freitag, den 3. November, abends 8 Uhr, in der Königsplatz-Bräuererei, Schönhauser Allee 10, 11:  
**Versammlung**  
der Betriebsräte u. Vertrauensmänner aller dem Reichsmantelvertrag unterstehenden Betriebe  
Tagesordnung: 1. Das Ergebnis der Verhandlungen im Arbeitsministerium. 2. Beschlußfassung. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85.  
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.  
Sonntag, den 4. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147:  
**Versammlung**  
aller Kolleginnen und Kollegen, die im Verband der Metall-schleiferinnen und Galvanist beschäftigt sind.  
Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung.  
Das Erscheinen aller ist Pflicht.  
Das Erscheinen aller ist Pflicht.

**Kapitän-Kautabak**  
ist im Geschmack unübertroffen; in Röhrenverpackungen erhältlich.  
L. Röcker, Berlin, Lichterberger Str. 22 (Tel. 1861)

**Metallbetten**  
Stahlmatratze, Kinderbetten für an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Sämtliche Metalle  
Platin-, Gold- u. Silber-Bruch  
kaut von Gewerbetreibenden, Händler u. höchst. Kurpreis.  
Schulzenderfer Str. 2

**Schuh-Creme und Bohnerwachs**  
**Kopp & Joseph** BERLIN W 50, Potsdamer Straße 122

Sonntag, 5. November, vorm. 9 1/2 Uhr, in der Böhm-Bräuererei, Bernauer Allee  
**Branchenversammlung**  
der Bauanflüger.  
Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnverhandlungen für November. 2. Verbandsangelegenheiten 3. Beschlußfassung.  
Das Erscheinen aller ist Pflicht. - Mitgliedsbuch legitimiert.  
Reueinnahmen werden in der Versammlung auch vollzogen.

Nur diese Woche  
kommen zu Ausnahmepreisen zum Verkauf:  
Schlüpfer wandelbar - Farben und Stoffe, in Arbeit 10000 Mk.  
Paletots schwarz und Maroon mit Satinella 12000 Mk.  
Anzüge mit beste Stoffe u. Verarbeitung 9500 Mk.  
Cutaways u. Hosen Risorenwahl, alterliche Verarbeitung sehr preiswert.  
Sportpelze, Gelpelze, Pelzjacken, etc.  
Konkurrenzlos billig. • Keine Lombardware.  
**Leihhaus Bannnerstr.**  
am Rosenthaler Tor

Kranken- u. Sterbekasse der Bauarbeiter, Berlin (Zuschußkasse).  
Sonntag, d. 5. Nov., vormittags 10 Uhr, in Wilke, Seebahnstr. 30.  
Außerordentliche General-Versammlung  
Tagesordnung: Aufhebung der Kasse der Bauarbeiter.  
S. U. H. Metzke.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
Berlin O 112, Rigauer Str. 71-73 a, 5 Min. von Ost. Frankfurter Allee  
empfehlen zu bekannt billig. Preisen bei solider Ausführung.  
Gegründet 1876  
Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer  
einstachen und besseren Genre.  
**Küchen** farbig und naturfarbig in allen Preislagen

Sonntag, 5. Novbr., vorm. 9 1/2 Uhr, in der Böhm-Bräuererei, Bernauer Allee  
**Branchenversammlung**  
der Eisen- u. Stahlwerker, -dreherinnen sowie Mundschleifer.  
Tagesordnung: 1. Die Rolle in der Wirtschaft und Wahrung. 2. Beschlüsse der Genossenschaft 3. Beschlüsse. 4. Branchenanglegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a  
**Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer**  
Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfische, Zobelstücke, Blau-, Silberfische, Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze, Gelpelze, Pelzmäntel. Keine Lombardwaren.

Widerstand gegen die Gewerbesteuererhöhung.

Bürgerliche und Kommunisten erschweren der Stadt die Ausgabendeckung.

Kaum eine Stadtkonferenzsitzung geht jezt ohne Debatten über die Geldnot der Stadt vorüber. Gestern hatten die Stadtkonferenzmitglieder sich erneut mit der vor wenigen Wochen abgelehnten, aber vom Magistrat wiederholten Vorlage auf Erhöhung der Gewerbesteuer zu beschäftigen.

Sitzungsbericht.

Zur Kenntnis gebracht wurde gestern zunächst ein Dringlichkeitsantrag der SPD. den Königsplatz in „Platz der Republik“ umzulassen. Der Antrag wurde auf der Rechten mit Gefächler ausgenommen und seine sofortige Beratung schiebte am Widerspruch von derselben Seite.

Die in voriger Donnerstagssitzung verschobene Abstimmung über eine Reihe von Anträgen hatte das Ergebnis, daß mit den Stimmen aller Bürgerlichen der Antrag der Deutschnationalen, den Magistrat aufzufordern, dafür zu sorgen, daß Umschulungen zum Zweck der Errichtung von Sammelklassen für vom Religionsunterricht befreite Kinder mitten im Schuljahr unterbleiben, angenommen, der Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des Stadts. Dr. Rosenberger abgelehnt, der auf Grund eines kommunistischen Antrags gestellte Ausschufsantrag, den Magistrat um eine Vorlage betr. Instandsetzung des Friedhofes der Kriegsgefallenen zu ersuchen, gleichfalls abgelehnt wurde.

Dagegen verwarf die gleiche bürgerliche Mehrheit in namentlicher Abstimmung mit 104 gegen 87 Stimmen den Ausschufsantrag der auf Ablehnung der von der DVP. und den Demokraten beantragten Bewilligung von

100 000 M. an die „Technische Nothilfe“

gerichtet war, sprach sich also für die Hingabe dieses Betrages als einer Anerkennung für die in der Februarstreikbewegung geleisteten Dienste aus.

Die Vorlage wegen Neuregelung der Unterbringung der Zwangstation für geschlechtskranke Frauen ging auf Antrag der Gen. Heimann-Wehl an den Ausschuf zurück; die Erhöhung der Leihgebühren in den städtischen Büchereien wurde von der Mehrheit gutgeheißen.

Die von der Verammlung schon einmal abgelehnte Magistratsvorlage betr. die Befehung der Stellen der Festangestellten mit Beamten, die vom Magistrat abermals eingebracht war, wurde vom Gen. Buhlitz bekämpft und von einer Mehrheit, die aus der gesamten Linken und dem Zentrum bestand, wiederum abgelehnt.

Zu einer längeren Auseinandersetzung gab der vom Magistrat ebenfalls nach der ersten Ablehnung wieder vorgelegte Vorschlag der

Erhöhung der Gewerbesteuer

Veranlassung. Die Demokraten hatten Ausschufberatung beantragt. Sofort zu Beginn der ersten Beratung setzte sich der Rämmerer mit einer eindringlichen Rede für die Vorlage ein, in der er vornehmlich die „prononcierten Widerstände“ der Interessentenverbände, der Handelskammer und des Hansabundes, beleuchtete und zu enträften bemüht war. Er führte aus, daß bei der Art der Veranlagung der Gewerbesteuer den Gewerbetreibenden tatsächlich ein unverdient großer Gewinn in Gestalt einer großen Ersparnis in den Schoß falle. In einem Umfang wie nie zuvor hätten die Gewerbetreibenden mit der Steuerzahlung zurückgehalten, hätten Mahnung und Zwangsvollstreckung abgewartet; in manchen Bezirken hätten mehr als 50 Proz. der Pflichtigen es auf die Zwangsabtreibung ankommen lassen. Nicht auf 33 Proz. des Ertrages stelle sich die Steuer, das

sei nur auf dem Papier richtig; in Wirklichkeit handle es sich etwa um 1,8 Proz. Ohne die Erhöhung sei eine geordnete kommunale Wirtschaftsführung unmöglich; es könnte ein Chaos eintreten, bei dem gerade diejenigen, die hier helfend eingreifen sollten, die Leidtragenden wären.

In der weiteren Aussprache wandten sich Bäh (Dnat.) und Müller-Franken (M.P.) mit größter Schärfe gegen die Vorlage und gegen die Argumentation des Rämmerers. Auch Dr. Klegander (Komm.) lehnte die Vorlage ab, hauptsächlich deshalb, weil die Steuer und somit auch ihre Erhöhung abwählbar sei. (Die Redner der Rechten hatten aus dem entgegenstehenden Grunde wegen der Nichtabwählbarkeit die Erhöhung bekämpft).

Von Enern (DVP.) sprach sein Bekannter aus, daß der Magistrat ohne die Sicherheit, jezt eine Mehrheit zu finden, eine Vorlage wiederzubringen, die eine Markte Wehrannahme bedeute. Daneben plädierte er für den Versuch einer besonderen städtischen Gewerbesteuerordnung.

Eine gegnerische Haltung nahm auch der Demokrat Weber ein. Für die Vorlage trat unbedingt nur Gen. Löwy in die Schranken, der die Vorlage für eine gerechte und ihre Annahme für dringend geboten erklärte. Die Sozialdemokratische Partei werde alles aufbieten, um im Ausschusse eine Verständigung zu erzielen. Den Männern auf der Rechten und auf der äußersten Linken komme es nur darauf an, der Stadt die Mittel zu verweigern, die sie notwendig brauche.

Die Vorlage ging an einen Sonderauschuf. Eine einmalige Beihilfe von 200 000 M. an das Männer-siechenhaus Schönhauser Allee 59 wurde bewilligt. Gemeinsam beriet man dann die Vorlage, die

eine Anleihe von 765 Millionen

zur Fertigstellung der Caprinl-Brücke, des Westhafens, der Industriebahn in Neukölln, der Nord-Südbahn, der chirurgischen und der Tuberkulosepavillons im Krankenhaus Roabit aufkommen lassen will, sowie die zur Kenntnisnahme vorgelegte Zusammenstellung der Maßnahmen, die der Magistrat zur Einschränkung der Ausgaben getroffen hat bzw. zu treffen beabsichtigt und die bereits bekannt sind.

Iwesch (D. Sp.) hielt äußerste Beschränkung auch auf dem Anleihegebiet für geboten und sprach sich gegen den Schwammenschuldschuf aus. Er beantragte Verweisung beider Vorlagen an den Haushaltsauschuf. Schwend (Komm.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zur Anleihe, verlaublich dagegen den schärfsten Widerspruch gegen die Ersparnis-methode des Magistrats, gegen die weitere Herabdrückung des Schulniveaus durch besondere Kohlenferien. Nach dem Bohl (Dnat.) sich für Ausschufberatung ausgesprochen, gab Genosse Willegens dem Bedauern Ausdruck, daß alle noch nicht begonnenen Hoch- und Tiefbauten eingestellt werden, daß der Betrieb der Badeanstalten eingeschränkt wird, und daß es nicht möglich gewesen sei, der Reuß-Köllner Stadtbaugesellschaft m. b. H. die Betriebsmittel vorzuschießen. Für die auf dem Wege der Anleihe fertigzustellenden Bauten werde die Fraktion die Mittel bewilligen.

Bürgermeister Genosse Ritter machte Mitteilung davon, daß der Magistrat beschloffen hat, die Schließung der Schwimmbädern in den Badeanstalten auf Zeit aufzuheben. Im Anschluß an eine Äußerung des Genossen Willegens stellte er sodann fest, daß die Zeitungsnachricht, die Feuerbestattungsvereine seien bereit, sich finanziell an dem Bau des Krematoriums in der Dieftelmeyerstraße zu beteiligen, nicht zutrifft.

Nach weiterer Debatte gingen beide Vorlagen an den Haushaltsauschuf.

Die Hundesteuerordnung

wurde dahin geändert, daß der erste Hund mit 1500 Mark jährlich (jezt 300 M.) versteuert werden soll; der Beschluß wurde mit 77 gegen 72 Stimmen gefaßt. Im übrigen kamen die Ausschuf-vorschläge zur Annahme, doch wurde die Gehöftsentfernungsgrenze von 100 auf 300 Meter erhöht.

Den Entwurf einer Pferdesteuerordnung nahm die Verammlung nach den Ausschufbeschloffen an.

In der Beratung über die endgültige Festsetzung der Löhne der städtischen Arbeiter für September erneuerte Bäh (Dnat.) die Beschwerde über die unerbörmlich hohe Entlohnung der ungelerten Arbeiter im Vergleich zur Entlohnung der Handwerker; auch gegenüber den Industriearbeitern sei ein

solches Mißverhältnis nicht vertretbar. Schumacher (Komm.) trat diesen Ausführungen mit einer heftigen Replik entgegen. Genosse Hah lehnte die von Bäh beliebte Errechnungsmethode um so mehr ab, als gerade die Berliner Septemberlohnzulagen für den Bereich ungeeignet seien. Die Unternehmer aber möchten auf Kosten der Arbeiterlöhne ihre Konkurrenzfähigkeit befestigen und womöglich noch erweitern. Dagegen machte die Arbeiterschaft und ihre Vertretung energisch Front. — Stadtrat Koblenzer verteidigte die Vorschläge des Magistrats, die sich durchaus auf den Beschloffen der Verammlung aufbauten.

Die Vorlage wurde nach den Ausschufvorschloffen genehmigt und dann gegen 10 Uhr die Sitzung geschlossen.

Das volle Glas.

Neulich abends traf ich bei Freunden amerikanische Bekannte. Sie hatten ihren Wagen vor der Tür, und als wir gingen, forderten sie mich auf, mit ihnen zu fahren. So ging es im Dunkeln durch den Berliner Westen. Wir sprachen dies und das, wie so manches in Amerika und Deutschland so ähnlich sei, und anderes doch auch wieder so ganz verschieden. Kurz bevor wir hielten, sagte die Frau: „Wir verstehen es nicht. Was wir in Hamburg ans Land stiegen, umringten uns hungernde Kinder und bettelten um Geld. Wir wissen, wie groß Eure Not ist. Aber wir sehen so viele Diefen, Lokale und Weinstuben wie noch in keiner Stadt. Wir verstehen es nicht.“ Bevor ich antworten konnte, hielt der Wagen. Ein Kriegskruppel auf einem Bein kam heran, um den Schlag zu öffnen; von der anderen Seite erschien eine alte Frau, zerlumpt, gebückt, die Streichhölzer verkaufen wollte.

Gestern fuhr ich mit der Straßenbahn durch den Norden Berlins. Es war eine lange Fahrt, mit Hin- und Rückweg über zwei Stunden. Keine Minute verging in dieser langen Zeit, ohne daß mir entgegenleuchtete: Bierauschank, Restauration, Stechbierhalle. Manchmal lagen sie so dicht beieinander, daß ich mehrere mit einem Blick umfassen konnte. Einmal konnte ich in eine Restauration hineinschauen. Am Schenktisch stand ein Mann, der ein volles Glas an den Mund setzte. Da dachte ich: So sieht es in diesem Augenblick an tausend Stellen in allen Städten Deutschlands aus. Es gibt kein noch so kleines Dorf in Deutschland, in dem nicht in diesem Augenblick irgendein Mensch ein volles Glas an den Mund führt. Und Kinder verhungern. . . Wir siefen Tollers Worte aus den „Maschinenstürmern“ ein: „Jeder ist schuldig, der weiß, daß ein Kind hungert und er hilft ihm nicht zu Brot. Für jeden, der friert, jeden, der verkommt, jeden, der kein Obdach hat und keine Bleibe, jeden, der noch Schönheit, noch Freiheit sich sehnt und in Schmutz leben muß, bist du, du verantwortlisch.“

Das volle Glas . . . Wie lange noch?

Arsenik im Zucker.

Die Ehefrau unter dem Verdacht des Gattenmordes.

Von der Kriminalpolizei wurde die seit 14 Tagen von ihrem Mann getrennt lebende 43jährige Ehefrau Agnes Schm. unter dem Verdacht, ihren Mann vergiftet zu haben, verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Anzeige der Wirtshausbesitzerin des 70jährigen Zigarrenhändlers Gustav Schm., die ihren Dienstherrn in ihrem Laden tot aufgefunden hatte.

Die Wirtshausbesitzerin äußerte den Verdacht, daß die Vergiftung auf den Genuß einer Süßspeise zurückzuführen sei und daß der dazu verwendete Zucker vorher von der Frau des Toten mit Arsenik vermischt worden sei. Die Ehegatten sollten in einem gespannten Verhältnis miteinander gelebt haben. Die beschuldigte Frau Schm. erklärte, daß sie die zweite Frau des Toten sei und daß die Ehe trotz des großen Altersunterschiedes der Gatten anfänglich sehr glücklich gewesen sei. Später hätte sie oft in Gegenwart anderer Leute mit ihrem Mann Streit gehabt und sei von ihm geschlagen worden. Sehr oft habe ihr Mann ihr gesagt, sie solle doch stiefeln gehen, wenn das Wirtshausgeld nicht ausreiche. Sie habe vor 14 Tagen das Haus ihres Mannes verlassen und sich bei einer Bekannten aufgehalten. Die Frau bestreite entschieden, jemals die Absicht geäußert zu haben, ihren Ehemann aus der Welt zu schaffen, und behauptet, daß sich bei ihrem Fortgang aus dem Hause überhaupt kein Streuzucker, sondern nur Würfelzucker im Haushalt befunden habe. Die Wirtshausbesitzerin behauptet das Gegenteil und Frau Schm. äußerte deshalb den Verdacht, daß die Wirtshausbesitzerin,

das Fieber an. Die große Nation hatte er nicht gegessen, er hatte sie Johannes geschenkt, dem kleinen siebzehnjährigen Johannes auf der Barrikade. Das Werk — und nun lag das Kind und hatte Krämpfe; Händchen, kleines, kühles, zuckendes Knabenhändchen du. „Sing das wieder, Linde, das von den Wipfeln —“ flüsterte er und sein Kopf sank in einer plötzlichen Erschlaffung an ihre Knie. Sie senkte den Kopf ein wenig und begann gehorsam wieder in die Laute zu greifen:

Ueber allen Wipfeln ist Ruh.  
In allen Wipfeln säurest du  
Kraum einen Hauch,  
Die Wäglein schlafen im Walde.

„Warte,“ unterbrach Anselmus sie; „Warte — ob ich das Gedicht noch zu Ende weiß. Es ist schön, nicht wahr? Ich weiß es noch: Warte nur, balde ruhest du auch. Sonderbar — dieses Gedicht. Keine Wipfel gibt es mehr, keine Wäglein — aber das Gedicht gibt es noch. Morgen gibt es uns nicht mehr, Linde, uns alle. Aber das Gedicht gibt es. Und dann werden wieder einmal Wipfel wachsen, und das Gedicht wird noch immer da sein. Weißt du,“ fragte er dicht unter ihren Augen, „weißt du auch, daß wir morgen nicht mehr sind? Die kommen schon vom Süden.“

„Ich höre es schon lange —“ sagte sie und lächelte. Ihr Gesicht war so mager, daß alle Zähne nackt wurden, wenn sie lächelte; das sah häßlich aus.

„Wie alt bist du eigentlich, Linde?“ fragte er; er dachte: so sehen jezt alle Frauen aus. Nur Isabell ist anders. —

„Zweiundzwanzig.“  
„Zweiundzwanzig Jahre. Du warst ja fast ein Kind, als es anfang mit dem Jammer und dem Kampf —“

„Ich kann mich nicht mehr erinnern, wie ich vorher war.“  
„Rein. So geht es uns. Lassen Sie mich noch einmal trinken, Linde es macht so herrlich klar; keine Spur von Fieber. Glauben Sie — war das nur geträumt vom dem See und dem schwarzen Staub? Rein — ich schmecke ihn auf der Zunge. Es sind Brüder: der Staub auf meiner Zunge, geopferte Brüder —“

Nach einer Pause sagte die Linde: „Sie lieben doch die Erde so stark, Herr Anselmus; aber Erde: das sind auch tote Brüder, vergangene, und doch lieben Sie die Erde —“

„Deshalb eben liebe ich sie; ja, ich liebe die Erde — woher weißt du es —“

(Fortsetzung folgt.)

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vick Baum.

„Im Saal?“ fragte er und wunderte sich tiefer. „Was macht sie da?“

Er bekam keine Antwort.  
„Lebt ihr denn alle?“ fragte er und horchte ins Stille, wo Atemzüge gingen.

„Ja“, sagte Linde einfüßig.  
„Das Kind — schläft es?“  
Linde bewegte sich schwach. „Es atmet. Ja“, sagte sie leise.

Sie verstummten beide und horchten; der Kinderatem ging im Dunkeln, schwach und friedlich. Anselmus neigte sich tiefer über das kleine Bett, ganz in die Wärme des Knaben und nun sah er ihn auch im blassen Schimmer der Nacht.

„Ist er sehr erschrocken, als das geschah — da — die Explosion —“

„Ja. Sehr.“ sagte Linde und schloß die Hände um den Lautenhals; die Saiten seufzten schwach. Anselmus kniete neben dem Bettchen hin und legte seinen Kopf auf die kleine Knabenhand, die kühl war und zuckte. Verzeth mir, flüsterte sein Herz.

„Habt ihr gehungert?“ fragte er.  
„Rein.“

„Sie sprechen nichts, Linde, das macht mir nur Angst. Ist euch etwas geschehen? Ist Isabell wohl?“

„O ja,“ sagte Linde. Anselmus lächelte.  
„O ja,“ wiederholte er. „Immer ist Isabell wohl; so ist sie. Vielleicht hat sie gelacht, wie die Explosion kam, heute mittag, sagen Sie, Linde, hat sie gelacht? Prachtvoll ist sie, stark, lebendig. Sie hat noch rote Wangen, mitten in der Hölle und Augen wie früher, nicht wahr, Linde? Und wie sehen wir aus neben ihr. Wir sind ja nur Leichen neben Isabell, nicht wahr, Linde? Wir, mit unseren Einheitskitteln und Einheitsstiefeln — es ist schade, daß Sie Männerstiefel tragen, Linde, ich dachte es unlängst.“

„Wann haben Sie zuletzt gegessen?“ fragte Linde langsam. Denn nun schwamm Mondlicht ins Zimmer und sie konnte Anselmus zerschnittenes Gesicht sehen.

„Glauben Sie denn, daß ich Fieber habe? Es scheint

manchmal so, es scheint nur so. Ich habe gegessen, viel, das Komitee gab mir heute eine Doppelportion, bevor ich hinaus ging — da hinaus, Sie wissen — nach dem Norden.“

„Wie — ist es da?“  
„Nihts,“ sagte Anselmus und warf die Hände herunter. „Staub. Eine Wolke. Kennen Sie den Rebel in London? So dicht schwarz; aber heiß und trocken. Witten in der Hitze und Trockenheit ein See — das ist alles.“

„Ein See?“  
„Ein See, ja,“ sagte er und lächelte; es war ihm nun doch, als begänne das Fieber. „Der Teufel weiß, wo der See herkommt; aber er ist da, groß und tief, voll Wasser, eine landschaftliche Schönheit geradzu. Es muß die Erde aufgerissen haben, in das Loch ist Wasser geflossen, was weiß ich. Morgen kann Bernward hingehen, ein Familienbad errichten und eine Karpfenzucht. Sehen Sie den Mond an, Linde, er kommt direkt aus Raapel. Mond für Hochzeitsreisende steht drauf — können Sie es lesen? Ich schwäche Unjann, ja? Aber das Fieber ist es nicht —“ Er kniete noch immer neben dem Bettchen; er kam nun nicht fort von da, obwohl er brennend wünschte, aufzustehen, hinaufzugehen, die Treppen hinauf, zu Isabell, die im Saal war. „Hier,“ sagte die Linde und preßte eine Tasse an seine Lippen. Er trank, trank. „Was ist das denn?“ fragte er flüsternd, sein Herz kam in Takt und Wärme, während er trank, seine Kehle zog sich noch lang nachher krampfhaft und selig schluckend zusammen.

„Kaffee,“ sagte die Linde.  
„Kaffee? Woher?“

„Der Doktor gab ihn —“  
„Der Doktor? War Leonhard hier? Warum?“

„Er — er hatte ein Unglück; ihm ist die Hand zerflossen; er hat sich selbst zwei Finger amputiert. Jezt schläft er in meinem Bett. Er hat für das Kind Kaffee gegeben — das Komitee hat Kaffee zu Medizinwecken —“

„Für das Kind? Für Konrad? Ist er denn trant?“  
„Er ist sehr erschrocken,“ sagte Linde leise.

„Und —?“ fragte er.  
„Er hatte nachher Krämpfe, das Herz ist nicht ganz stark. Unsere Kinder hasten nicht mehr viel aus — Herr Anselmus —“

Er bewegte abmehrend den Kopf; sie sagte „unsere Kinder“; sie sagte „Herr“; das fiel ihm auf; die Worte, die er hörte, nahmen Gestalt an. Sie flogen wie kleine Tiere um ihn, mit ganz harten, klaren Konturen. Und also fing wohl doch



# Der Prozeß Hermes.

Nach dem Plädoyer des Rechtsanwalts Dr. Alsborg führte in der gestrigen Sitzung des Hermes-Prozesses Rechtsanwalt Dr. Levi aus: Unsere Partei war sich ihrer Verantwortung voll bewusst und nicht wir sind es gewesen, die den Prozeß gerade in die Woche verlegten, in der der Ploch des Finanzministers des Deutschen Reiches am Verhandlungstisch und nicht am Gerichtstisch hätte sein müssen. Wir waren mit einer Vertagung einverstanden. Daß sie nicht erfolgte, dafür trägt die Gegenseite die Verantwortung. Trotzdem es nahe lag, daß wir mit aller Schärfe vorgingen — und Herr Dr. Alsborg hat ja Verständnis für die Schärfe, mit der solche Prozesse geführt werden — sind in diesem Saale keine Kugeln gegossen worden, mit denen nach Minister Hermes gezielt wurde. Aber über die Kardinalfrage, über die rein moralische Wertung, konnten wir kein anderes Urteil abgeben, als vor einigen Monaten. Alle von uns behaupteten Tatsachen sind im wesentlichen unbestritten geblieben. Daß eine Flasche Wein von solcher Art zum Preise von 3 M. ein Geschenk bedeutet, ist eine These, über die es keine volkswirtschaftlichen Streitigkeiten gibt. Daß die Motive des Winzerverbandes, insbesondere des Direktors Faust, die zu dieser Sendung veranlaßten, keine anständigen waren, geht aus den eigenen Aussagen des Zeugen Faust hervor. Bei Faust ist insbesondere auf die Tatsache zu weisen, daß er, ein nach Stellung, Herkommen und Milieu streng katholisch gesinnter Mann, den Zeugnissen nicht unter Berufung auf seinen Gott geleistet hat, also möglicherweise die religiöse Bindung an diesen Eid ausschließt. Den Beweis dafür, daß die Entscheidung des Ministers, auf Grund der die Zuderzuteilung an den Winzerverband erfolgte, absolut unrichtig war, aber einen eklatanten Mißbrauch seines Amtes darstellte, konnten und wollten wir nicht führen. Das ist hier aber auch völlig unerheblich. In den Artikeln der „Freiheit“ ist dem Minister ja nicht der Vorwurf der passiven Bestechung im Sinne des Strafgesetzbuches gemacht worden. Es war nur von Korruption und Bestechlichkeit die Rede. Zwischen Hermes einerseits und Bismarck und Bülow andererseits eine Parallele zu ziehen, ist völlig verfehlt. Bismarck war eine historische Persönlichkeit und stand über dem Parteigetriebe und Bülow wurde wenigstens einmal für eine historische Persönlichkeit gehalten. Bei beiden bestand keineswegs die Möglichkeit, daß sie über Anträge im Sinne der Spender zu entscheiden hätten. Bei Hermes mußten aber die Winzer ganz genau, daß er der Minister war, der in Sachen des Weinbaues über alle Anträge allein zu entscheiden hatte. Bei dem Winzerverband und Direktor Faust ist der Tatbestand der aktiven Bestechung gemäß § 333 des Strafgesetzbuches zu bejahen, denn es genügt dafür, daß durch das Geschenk der Minister in eine günstigeren Seelenverfassung für die Winzer von Mosel, Saar und Ruwer versetzt wurde. Es entsteht die weitere Frage, ob damit auch eine strafbare Handlung des Ministers begründet ist. Ich nehme an, daß der Minister bei der Entscheidung über die Zuderzuteilung objektiv, wenn auch in günstigerer Stimmung gehandelt hat. Aber er mußte sich damals auch der Beilichtheit der Situation bewusst sein. Trotzdem hat er dann im Februar 1921 nach einer neuen Weinforderung an den Winzerverband telegraphiert. Wenn Sie sich fragen, wozu wir kommen, wenn es jeder so macht, wie Minister Hermes, werden Sie das Urteil finden, das wir bei Ihnen suchen. Ich bitte deshalb, meinen Klienten freizusprechen.

Nach der Mittagspause plädierte der zweite Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Bönheim. Dr. Bönheim wies darauf hin, daß Hermes sich in seinen geschäftlichen Beziehungen zum Winzerverband eines disziplinarischen Vergehens, eines Verstoßes gegen § 15 des Reichsbeamtengesetzes schuldig gemacht habe, wonach die Annahme von Geschenken für Beamte der Genehmigung der Behörden bedürftig ist. Ueber die Annahme von Geschenken durch Beamte habe sich Dr. Hermes ja auch im Fall Augustin mehrmals geäußert und im Reichstage u. a. erklärt, daß Augustin für ihn erledigt sei. Der Verteidiger kam zu dem Schluß, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis geglückt sei, daß aber auch im Falle das Gericht eine formale Beleidigung für vorliegend erachte, dem Angeklagten der Schutz des § 193 StGB. zugesprochen werden und daher seine Freisprechung erfolgen müsse.

In einer längeren Replik sprach Rechtsanwalt Dr. Alsborg als Rechtsbeistand Dr. Hermes. In längeren Ausführungen suchte dann Dr. Alsborg die Darlegungen der Gegenseite zu widerlegen, wobei er die Weinforderungen an Dr. Hermes mit den Kriebschern verglich, die Bismarck bekanntlich des öfteren als Geschenk erhalten habe.

Dann ergriff der Nebenkläger Dr. Hermes selbst das Wort, um zunächst darzulegen, daß auch er gewünscht hätte, daß dieser Prozeß nicht gerade in der gegenwärtigen Zeit erfolgt sei, als man noch nicht gewußt habe, daß die Reparationskommission nach Berlin kommen würde. Vom Standpunkt der Wahrung seiner Ehre habe er das größte Gewicht darauf gelegt, daß endlich einmal eine Klärung an Gerichtsstelle über die gegen ihn gerichteten schweren Angriffe erfolgen könne. Auf die im ersten Artikel der „Freiheit“ gestellten Fragen Rede und Antwort zu stehen, so führte Finanzminister Dr. Hermes weiter aus, habe ich, der ich immer an der Einsicht einer klaren und sachlichen Politik festgehalten habe, abgelehnt und die Entscheidung dem Gericht überlassen. Ich muß es auch ablehnen, der Verteidigung auf das Gebiet des Falles Augustin zu

folgen, der durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß restlos aufgeklärt ist. Das Wort der Mehrheit lautete bekanntlich zu meinen Gunsten. Wenn die „Freiheit“ die Daten der Weinlieferungen und der Zuderzuteilung feststellt, so wäre es ihre Pflicht gewesen, zu erwähnen, daß ein weiterer Antrag des Winzerverbandes auf Zuteilung von Zuder im Jahre 1921 von mir abgelehnt worden ist. Ich habe die ganze Frage des Weinbezuges mit reiflicher Offenheit behandelt und nichts cadiert. Nicht nur Regierungsrat Ratte hat von mir alles erfahren, sondern auch in meinem Bekannntreife habe ich nie ein Hehl daraus gemacht. Wie ist mir in den Sinn gekommen, daß der Winzerverband etwas Unrechtes im Sinne habe. Der Minister ging dann noch einmal auf die verschiedenen Einzelheiten ein und wies im besonderen den Vorwurf zurück, als ob er in der Frage der Zuderzuteilung ohne weiteres zugunsten des Winzerverbandes entschieden habe.

In einer Replik führte Dr. Levi dann noch aus: Minister Hermes ist rasch emporgestiegen. Die Lebenswelle hat ihn mit einem Schwung nach oben geworfen und er hat sich oben gehalten. Aber er hat vergessen, sich davor zu hüten, an dem Geseß der Integrität zu fuhren. Das Reich und das Land müssen und werden weiterbestehen, auch wenn der eine oder der andere Minister zu gehen gezwungen wird.

In einer letzten Erwiderung erklärte Minister Hermes dann: Ich bin stolz darauf, als Minister mir das Vertrauen der Landwirtschaft errungen zu haben und ich bin stolz, daß es mir gelang, die Getreideumsage durchzuführen, durch die unsere Brotversorgung gesichert wurde. Bezüglich Ihrer Behauptung, ich hätte mich an dem Geseß der Integrität vergriffen, erkläre ich, daß Sie keine maßgebende richterliche Instanz für mich sind.

Damit war die Verhandlung beendet. Die Verkündung des Urteils wird am Sonnabend vormittag 10 Uhr erfolgen.

# Wirtschaft

## Die Hebung der Bautätigkeit.

Auf einer Tagung der Wohnungsvereine und Baugenossenschaften, die am 28. Oktober in Magdeburg stattfand, wurden zur Hebung der daniederliegenden Bautätigkeit Vorschläge gemacht und in folgender Resolution zusammengefaßt:

1. Ohne eine Neubautätigkeit, die mindestens den laufenden Bedarfszuwachs deckt, muß die Wohnungsnote weiter answellen. Die planmäßige Ausnutzung des vorhandenen alten Wohnraumes kann diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Dämme des Mieterschutzes müssen zusammenbrechen.
2. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist eine ausreichende freie Bautätigkeit nicht denkbar. Das Schwerkgewicht der Bautätigkeit muß vielmehr auf den Schultern der öffentlichen Gewalten ruhen.
3. Als berufene Träger des Wohnungsbaues kommen neben den Gemeinden die bewährten Baugenossenschaften und als Mittler zwischen Staat und Bauherren die Wohnungsfürsorgegesellschaften in Betracht.
4. Voraussetzung für die Fortführung des Wohnungsbaues ist die Sorge für Bereitstellung der Baustoffe. Die öffentlichen Gewalten werden sich insofern ihrer anzunehmen haben, als sie Vorratswirtschaft ermöglichen und auf eine vernünftige Preisgestaltung einwirken.
5. Der leitende Gedanke für die Finanzierung muß sein, daß die Wohnungswirtschaft als Ganzes sich selber trägt. Die für den Wohnungsbau vorerst noch unentbehrlichen Zuschüsse sind aus den vorhandenen Wohnungen durch eine entsprechende Abgabe zu schöpfen. Die Mittel durch Anleihen erhalten zu können, ist ein Wahn, der endlich aufgegeben werden sollte.
6. Die Wohnungsbauabgabe darf nicht wieder um Monate zu spät kommen. Sie darf nicht wieder im Augenblick der Bewilligung unzureichend sein und sie muß sich der voraussichtlichen Verteuerung anpassen können.
7. Ein zunehmender Anteil der Baukosten muß rentierlich werden. Dies erfordert eine Steigerung der Gesamtmiete in den alten Wohnungen; nur dann ist eine ausreichende Beleihung zur Deckung des rentierlichen Wertes bei den Neubauten möglich.
8. Die Arbeitgeber, öffentliche und private, Gewerbe und Landwirtschaft, sind gefehlich zu besonderen Beistehern zu dem Wohnungsbau heranzuziehen.
9. Das Zuschußverfahren bedarf der Verbesserung. Diese Sätze müssen mehr als bisher auf die wirklichen Baukosten Rücksicht nehmen. Die Geldmittel für 1923 müssen in aller kürzester Frist bereitstehen. Alljährlich wiederkehrende schwierige Verhandlungen verzögern und verteuern das Bauen. Die Regelung der Zuschüsse muß im einzelnen freier und einfacher gestaltet, in Preußen mehr dezentralisiert werden. Es dürfen nicht wieder kostbare Monate verloren gehen.

Die ungeheure Not erfordert sofortiges Handeln.

852 fache Zölle. Für die Zeit vom 8. bis einschließlich 14. November beträgt das Gelbzollaufgeld 85 100 v. S. gegenüber 70 400 v. S. in der Vormoche.

Das ungeheure Kohlendefizit hat die Reichsbahnverwaltung genötigt, bisher für 30 Milliarden Mark Steinkohlen aus England einzuführen.

Die Reichsbank rüftet zu neuen Notenreforden. Sie druckt jetzt nach einer Reduktion der „Deia“ täglich für 15 Milliarden Mark neues Papiergeld, nachdem sie in den letzten Wochen etwa 4 1/2 Milliarden täglich herausgebracht hat.

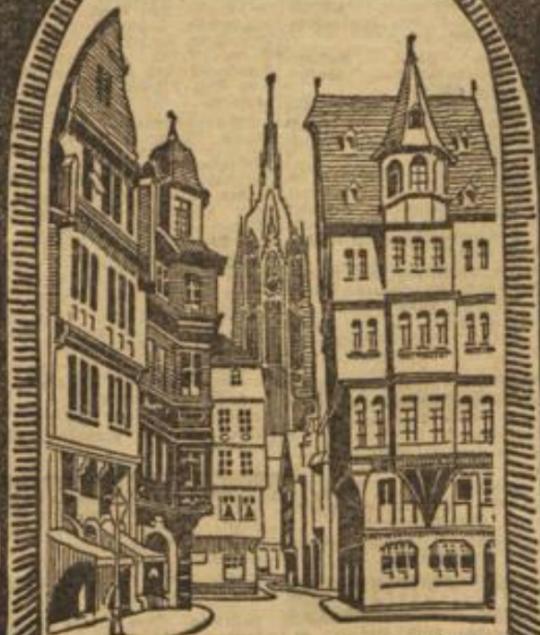
„Koggen-Währung.“ Während die Regierung zögert und sich nur langsam zu einer positiven Stützungsaktion für die deutsche Mark entschließen kann, hat das Privatkapital bereits alle möglichen Mittel und Wege in dieser Richtung gesucht und auch gefunden. Das Neueste sind Anweisungen auf Bezüge einer bestimmten Menge von landwirtschaftlichen Naturalien. In Berlin ist in diesen Wochen eine Koggen-Renten-Bank mit 6 Millionen Aktienkapital gegründet worden, die Koggen-Renten-Briefe ausgibt, welche also nicht auf eine bestimmte Geldmenge, sondern auf eine bestimmte Koggenmenge lauten, ebenso stellen die Zinscheine Forderungen auf Koggenmengen dar. Die Aktien dieser Koggen-Renten-Bank sind von der Preussischen Landbank, der Landwirtschafts-Zentral-Darlehnskasse und den provinziellen Siedlungsgesellschaften übernommen worden. Gleichzeitig hat sich die Oldenburgische staatliche Kreditanstalt entschlossen, sogenannte Koggen-Anweisungen als neue Form von Inhaberpapieren herauszubringen. Diese Koggen-Anweisungen sollen alsbald ausgegeben werden und am 1. April 1927 fällig sein. Der Ausgabepreis eines Stückes soll zunächst etwa im Wert von 125 Kilogramm Koggen entsprechen und die Rückzahlung nach dem Wert von 150 Kilogramm erfolgen, in dem Mehr von 25 Kilogramm Koggen stecken die Zinsen von 1923 bis 1927. Geplant ist, diese Koggenpapiere an verschiedenen Börsen einzuführen, überhaupt einen regelrechten Handel in diesen Naturalienpapieren zu ermöglichen.

Die Weltweite. Die Ernte dieses Jahres wird, wie es scheint, in Europa ungünstiger, in den außereuropäischen Ländern günstiger als im vorigen Jahre ausfallen. Weizen und Koggen zeigen für Frankreich und Italien eine Senkung der Ernte um 1/2 bis 1/3, in Deutschland sogar um 1/2 bis 1/3 gegenüber dem Vorjahre (wobei jedoch zu bemerken ist, daß die statistischen Angaben in Deutschland notorisch unzuverlässig sind). Besser ist es um Gerste, Hafer und Kartoffeln bestellt. Die Ergebnisse der russischen Ernte sind schlechter als erwartet wurde: statt der 46 1/2 Millionen Tonnen Getreide, auf die man die Ernte geschätzt hatte, werden sich nach den letzten Angaben der russischen Statistik kaum mehr als 32 Millionen ergeben, so daß die Hilfe von außen immer noch notwendig bleiben wird. Unter normalen internationalen Verhältnissen könnte freilich der europäische Bedarf aus den Ueberflüssen der übrigen Welt glatt gedeckt werden: im Weltdurchschnitt sieht die Weizen- und Koggenerte nicht unter der des Vorjahres, Gerste und Hafer ist noch etwas reichlicher (um 3 bis 10 Proz.) und die asiatische Reisernte wird die Rekordergebnisse von 1921 weit überschreiten. Doch ist Europa zu arm, um mit seinen Ähren, Kronen und Rubeln sich die landwirtsch. und indischen Ueberflüsse in genügendem Maße zu kaufen. Aber auch außerhalb Europas ist die Freude an der reichen Ernte durch so manches vorbereitet. Den landwirtsch. Formern droht ein Sinken der Getreidepreise, welches die Hypothekendarlehen schon jetzt veranlaßt, die Kredite zu kündigen, so daß der Staat die Erklärung eines Moratoriums (zwangsweise Kreditverlängerung) in Erwägung zieht, um einem Rückgang der Anbaufläche im nächsten Jahr vorzubeugen: der Staat sucht ferner dadurch einzugreifen, daß er die Getreidehändler durch eigenes Auftreten auf dem Markt ausschaltet und den eigenen Handelsgewinn der Allgemeinheit (Steuerherabsetzung) zuzuführen läßt; doch sind die Landwirte mit den vom Staate angebotenen Preisen nicht einverstanden und drohen mit einer weiteren Einschränkung der Anbaufläche.

Weitere Erleichterungen für den russischen Außenhandel. Nach Angaben des Außenhandelskommissariats betrug der Wert der russischen Einfuhr in den ersten 7 Monaten 1922 319 589 000 Goldrubel, der Ausfuhr 31 800 000 Goldrubel. Die Moskauer sowjetamtliche „Handels- und Industriezeitung“ erklärt, ein Ausbau des russischen Außenhandels sei nur möglich bei ausgiebiger Kreditierung, während bisher die Außenhandelsoperationen der Sowjetregierung fast ausschließlich gegen Lor erfolgten. Es müßte auf die Entwicklung des privaten Kredits hingearbeitet werden. Trotz des Außenhandelsmonopols seien schon jetzt Möglichkeiten für die Privatinitiative vorhanden; weiterhin sollen Einfuhrgenehmigungen für eine Reihe von Auslandswaren und Lizenzen für eine gegen kontingentierte Ausfuhr ausgiebig erteilt werden. Notwendig sei vor allem auch die Wiederherstellung der Vermittlerrolle der Banken zwischen Exporteur und Importeur auf der Basis des Bankrembourse. In erster Linie müßten hier Verhandlungen mit den deutschen Banken ausgenommen werden, im Zusammenhang mit dem bevorstehenden deutsch-russischen Handelsvertrag.

Weiter bis Sonnabend mittag. Anfangs etwas kühler, besonders im Süden heiter, aber überall sehr unbeständig mit wiederholten Regenschauern bei ziemlich frischen westlichen bis nordwestlichen Winden. Später neue Erwärmung.

Majjary.  
Delft  
edel wie  
der Name



Fritzi  
Majjary  
eine Zigarette  
von Rang

Urteilen Sie selbst!

KON  
LINON

